

15. Evangelische Landessynode

Stuttgart, 27. November 2014

08:30 Uhr

7. Sitzung

unter dem Vorsitz der **Präsidentin Schneider**, Inge und
des **Stellv. Präsidenten Stepanek**, Werner

Anwesend vom Oberkirchenrat: Landesbischof **July**, Dr. h. c. Frank O.; Prälaten **Wulz**, Gabriele; **Mack**, Ulrich; **Rose**, Dr. Christian; **Stumpf**, Harald; Oberkirchenräte Prof. Dr. **Heckel**, Ulrich; **Baur**, Werner; **Traub**, Wolfgang; **Hartmann**, Erwin; **Kastrup**, Dr. Martin; **Duncker**, Hans-Peter; **Kaufmann**, Dieter; Kirchenrat **Eberhardt**, Georg; Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim

Stellvertretender Sprecher
der Landeskirche: Kirchenrat **Peter**, Dan

Fehlende Synodale: **Braun**, Wilfried; **Bräuning**, Heiko; **Erbes-Bürkle**, Sigrid; **Heß**, Rudolf; **Klingel**, Angelika; **Leitlein**, Hans; **Mosebach**, Christof; **Steeb**, Prisca; **Veit**, Hans; **Vogel-Hinrichs**, Kerstin

Gäste: **Meißner**, Dr. Stefan, Vertreter des Diözesanrats Rottenburg-Stuttgart; Pfarrer **Junge**, Martin, Generalsekretär Lutherischer Weltbund; **Hausding**, Dr. Christel, Mitglied der 11. EKD-Synode/Präsidentin der 14. Landessynode; Prälat i. R. **Röckle**, Gerhard

Inhaltsübersicht:

	Seite		Seite
I. Grußwort		Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 3	
Präsidentin Schneider, Inge	318	Präsidentin Schneider, Inge	326
Pfarrer Junge, Martin	318	Abstimmung (Annahme)	
II. Haushaltsberatungen (Fortsetzung der Beratungen vom 26. November 2014)		Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 5	
b) Plan für die kirchliche Arbeit 2015 (mit Haushaltsgesetz und Haushaltsplan)		Präsidentin Schneider, Inge	326
- Einzelberatungen -		Abstimmung (Annahme)	
Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Ordentlicher Haushalt Budget 09 Aufgabenbereich 91 und Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden		Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 6	
Präsidentin Schneider, Inge	320	Präsidentin Schneider, Inge	326
Mörike, Markus	320	Abstimmung (Annahme)	
Burkhardt, Erwin	320	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 7	
Geiger, Tobias	321	Präsidentin Schneider, Inge	326
Abstimmung (Annahme)		Abstimmung (Annahme)	
Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Ordentlicher Haushalt Budget 10, 12 und 13		Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 8	
Präsidentin Schneider, Inge	321	Präsidentin Schneider, Inge	326
Abstimmung (Annahme)		Abstimmung (Annahme)	
Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Ordentlicher Haushalt Budget 14		Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 9	
Präsidentin Schneider, Inge	323	Präsidentin Schneider, Inge	326
Gohl, Ernst-Wilhelm	323	Abstimmung (Annahme)	
Jahn, Siegfried	323	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 10	
Allmendinger, Martin	323	Präsidentin Schneider, Inge	326
Schaal-Ahlers, Peter	323	Abstimmung (Annahme)	
Kanzleiter, Götze	324	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 10	
Daferner, Eberhard	324	Präsidentin Schneider, Inge	326
Fritz, Michael	324	Abstimmung (Annahme)	
Oberkirchenrat Duncker, Hans-Peter	324	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 12	
Abstimmung (Annahme)		Präsidentin Schneider, Inge	326
Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 1		Abstimmung (Annahme)	
Präsidentin Schneider, Inge	325	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 13	
Abstimmung (Annahme)		Präsidentin Schneider, Inge	326
Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 2		Abstimmung (Annahme)	
Präsidentin Schneider, Inge	326	Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche Vermögenshaushalt Budget 13	
Abstimmung (Annahme)		Präsidentin Schneider, Inge	326
		Abstimmung (Annahme)	

	Seite		Seite
Hausbereich Aufgaben der Landeskirche		Klärle, Prof. Dr. Martina	336
Vermögenshaushalt		Sachs, Maïke	336
Budget 14		Beck, Dr. Willi (Unisa)	337
Präsidentin Schneider, Inge	326	Brändl, Dr. Martin	337
Abstimmung (Annahme)		Abrell, Dieter	338
Bausteine		Kettinger, Iris Carina	338
Präsidentin Schneider, Inge	326	Fritz, Michael	338
Abstimmung (Annahme)		Mörïke, Markus	339
		Plümicke, Prof. Dr. Martin	339
III. Förmliche Anfragen		Böhler, Matthias	340
1. zur weiteren Nutzung des Kloster Denkendorf		Hirsch, Ulrich	340
(Nr. 02/15)		Koepff, Hellger	340
Präsidentin Schneider, Inge	321	Dangelmaier-Vinçon, Elke	340
Oberkirchenrat Duncker, Hans-Peter	321	Hanßmann, Matthias	340
		Kuttler, Dr. Friedemann	341
IV. Gesetz über den landeskirchlichen Haushaltsplan		Münzing, Kai	341
2015		Albrecht, Ralf	341
		Blatz, Günter	342
- 1. Lesung -		Münzenmayer, Markus	342
Präsidentin Schneider, Inge	327	Keppler, Walter	342
Abstimmung (Annahme)		Schatz, Kurt Wolfgang	343
		Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	343
- 2. Lesung -			
Präsidentin Schneider, Inge	327	VI. Bericht über Verfolgungssituationen im Irak, Syrien	
Abstimmung (Annahme)		und anderen aktuellen Krisengebieten	
		Bericht Flüchtlingsarbeit	
V. Strategische Planung		(Fortsetzung der Beratungen vom 26. November 2014)	
		- A u s s p r a c h e -	
- Bericht -		Stellv. Präsident Stepanek, Werner	334
Präsidentin Schneider, Inge	327	Dangelmaier-Vinçon, Elke	
Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	327	mit Änderungsantrag Nr. 51a/14	335
Kirchenrat Janus, Hans-Joachim	328	Jahn, Siegfried.	335
Oberkirchenrat Baur, Werner	334	Schaal-Ahlers, Peter	
		mit Änderungsantrag Nr. 51b/14	335
- A u s s p r a c h e -		Allmendinger, Martin	335
Präsidentin Schneider, Inge	336	Plümicke, Prof. Dr. Martin	335
Jungbauer, Dr. Harry	336	Abstimmung über Änderungsantrag Nr. 51b/14	
Sämänn, Ulrike	336	(Annahme)	
		VII. Abschluss durch den Landesbischof	
		Präsidentin Schneider, Inge	344
		Landesbischof July, Dr. h.c. Frank O.	345

Präsidentin Schneider, Inge: Wir haben für heute folgenden Arbeitsplan: Zuerst begrüßen wir unseren besonderen Gast, Herrn Junge vom Lutherischen Weltbund (LWB). Er wird auch gleich ein Grußwort zu uns reden. Darauf sind wir alle gespannt. (Beifall)

Danach möchte ich gerne die Haushaltsberatungen fortsetzen und das Gesetz dann auch beschließen. Ich vermute, dass das ca. eine Stunde dauern wird.

Danach hören wir die Strategische Planung des Oberkirchenrats. Da Frau Rupp krank ist, wird es der Oberkirchenrat anders verteilen. Wenn uns dann der Oberkirchenrat seine Planung vorgestellt hat, möchte ich eine Kaffeepause und eine Pause für die Gesprächskreise machen. Nach dieser Pause möchte ich zuerst noch einmal den Antrag Nr. 51/14 aufrufen, ich hoffe, dass das nicht so lange dauern wird, und danach die Aussprache über die Strategische Planung anschließen.

Wenn alles wie geplant läuft, sollten wir um 13:15 Uhr fertig sein. Wenn sich alle an die Zeiten halten und wir nicht ein paar Mal klingeln müssen, wenn die Redezeit überschritten wird, schaffen wir das sicher auch.

Jetzt darf ich Herrn Junge um sein Grußwort bitten.

Pfarrer Junge, Martin: Sehr geehrte Präsidentin der Synode, sehr geehrte Synodale, sehr geehrter Landesbischof, liebe Schwestern, liebe Brüder im Herrn!

Mit großer Freude bin ich heute wieder in Stuttgart, und komme damit an einen Ort zurück, der vor vier Jahren die weltweite Gemeinschaft lutherischer Kirchen aufgenommen und beherbergt hat. Im Juli 2010 fand hier die elfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds (LWB) statt, eine Versammlung, die den LWB nachhaltig geprägt hat. Bis heute wird in Gesprächen erwähnt, wie das tägliche, gemeinsame Feiern des Gottesdienstes Menschen über kulturelle, sprachliche, ja manchmal auch theologische Gräben zusammengeführt hat. Bis heute wird davon gesprochen, wie die Württembergische Landeskirche eingeladen, Gemeindebesuche ermöglicht und somit Einblicke gewährt hat in das Leben von Christen hier in Deutschland. Bis heute verbinden Lutheraner weltweit den Namen dieser Stadt mit der sogenannten Mennoniten-Aktion, das heißt, mit dem Akt der Versöhnung zwischen Mennoniten und Lutheranern im Hinblick auf Unrecht, Gewalt oder deren Duldung, die von lutherischen Kirchen ausgegangen ist. Stuttgart 2010, wie es in unserem Jargon heißt, hat uns als Weltgemeinschaft lutherischer Kirchen nachhaltig geprägt.

Wir sind Ihnen dankbar für diesen prägenden Moment, den wir hier bei Ihnen erleben durften. Ebenso dankbar sind wir für die vielfältigen Weisen, mit denen Sie den LWB bis zum heutigen Tage in seinen zahlreichen Aufgaben unterstützen. Zwei Ihrer Pfarrerinnen arbeiten im Gemeinschaftsbüro des LWB in Genf. Und in der Person Ihres Landesbischofs Frank Otfried July haben die westeuropäischen LWB-Mitgliedskirchen einen engagierten, tatkräftigen Vizepräsidenten, der die politischen Aufgaben im LWB-Rat, aber auch die Begleitung von Kirchen vor Ort gerne aufnimmt. Natürlich kostet das Zeit, und darum komme ich mit einem besonderen Dank zu dieser Synode, die dieses Engagement mitträgt.

Lassen Sie mich aber zugleich auch hinzufügen: Ich bin davon überzeugt, dass dies gut investierte Zeit ist. Der Ort Stuttgart steht ja auch für einen der schwierigen Momente in der Geschichte des deutschen Protestantismus, als vor 69 Jahren in der Form der Stuttgarter Schulderklärung das Eingeständnis formuliert werden musste, dass die Kirche auf Irrwegen gewesen war im Hinblick auf das nationalsozialistische Regime in Deutschland. Diese Situation, wie auch viele andere Episoden der Kirchen weltweit, bestärken uns im LWB in der Einsicht, dass auf sich selbst gestellte, isolierte Kirchen immer auch gefährdete Kirchen sind. „A church on its own is a church at risk“, heißt unser Schlagwort. Zu eng sind unsere kulturellen, ideologischen Grenzen, um die Weite und Tiefe des Evangeliums ganz zu erfassen. Zu ängstlich sind wir, wenn es um die gewaltige Verheißung der Gottesherrschaft in unserer Mitte geht: Zu befangen sind wir in unseren Möglichkeiten, Gottes Wort, wie es uns in der Bibel begegnet, in seiner Fülle anzunehmen. Wir sind angewiesen auf solidarische Weggemeinschaft mit anderen Kirchen, nah und fern, die sich zusammen aufmachen, Gottes befreiende Botschaft des Gnadengeschenks der Vergebung zu verkündigen und zu leben. Für diesen Geist der Wegbegleitung, des solidarischen Nehmens und Gebens von materiellen und spirituellen Gütern über geographische und kulturelle Grenzen hinweg, für diesen Geist steht der LWB.

Noch ein weiterer Gedanke führte die Vertreter lutherischer Kirchen im Jahr 1947 zu dem Entschluss, den LWB zu gründen: Es war die unsägliche Not, die der Zweite Weltkrieg hinterlassen hatte, und darin besonders die vielen Menschen, die auf der Flucht waren, verzweifelt und hungernd nach einer Bleibe suchten. Der LWB wurde gegründet, um gemeinsam auf diese humanitäre Notlage zu reagieren und den Flüchtlingen gemeinsam zu helfen.

Diese diakonische Ausrichtung des LWB prägt uns bis heute, und ich bin den Gründervätern und -müttern unendlich dankbar, dass mit dieser starken Ausrichtung nach außen, auf Menschen in Notlagen, auch grundsätzliche theologische Weichenstellungen getroffen wurden. Denn unsere Weggemeinschaft als lutherische Kirchen hat ihren weiteren theologischen Horizont in der Partizipation an Gottes umfassendem Heilswirken, das niemals Seele und Leib als getrennte Bereiche sieht, sondern den Menschen ganzheitlich berühren will. Der diakonische Auftrag gehört somit genau so sehr zum Auftrag der Kirche, wie es die Verkündigung des Evangeliums tut.

Damals, nach dem Zweiten Weltkrieg, waren es überwiegend Europäer, die auf der verzweifelt Suchen nach (Über-)Leben waren. Jeder sechste Flüchtling war damals ein lutherischer Christ. Heute kommen diese Menschen aus anderen Gegenden: Syrien, Irak, Südsudan, Eritrea, Somalia. Die allermeisten davon sind Muslime, doch gibt es darunter auch Menschen von anderen religiösen Gruppen, auch Christen. Zuallererst allerdings sind es Menschen, die nach unserem Glauben ein Ebenbild Gottes sind und in denen wir nach Jesu Worten sogar Christus selbst begegnen.

Sie haben es sicher gelesen: Noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl der Flüchtlinge so hoch wie heute. Schätzungsweise 50 Mio. Menschen sind heute als Flüchtlinge unterwegs. Noch nie hat der LWB so viele Flüchtlinge und binnenvertriebene Menschen

(Pfarrer **Junge**, Martin)

betreut, wie in diesem Jahr 2014: Zurzeit sind es 2 Mio. Flüchtlinge weltweit, die der LWB direkt betreut. Wir versehen diesen Dienst mit Ihnen und für Sie, und bringen damit jene Berufung zum Ausdruck, die den LWB überhaupt zum Entstehen brachte, und die wir bis heute weiter pflegen möchten. Seit August dieses Jahres versehen wir diesen Dienst auch in Partnerschaft mit einer weltweiten muslimischen Hilfsorganisation, Islamic Relief Worldwide, und wollen damit nicht nur effektiver helfen, sondern zugleich auch ein kräftiges Zeichen setzen, dass Religion und Glaube keine Stolpersteine sein sollen für Menschen und Gesellschaften, die in Gerechtigkeit und Frieden miteinander leben wollen, sondern Brückenpfeiler, sodass gerade dort, wo Entfremdung und Distanz sich bemerkbar machen, gemeinsam auf Gerechtigkeit und Frieden hingewirkt wird.

Liebe Schwestern und Brüder, ich wollte unbedingt an Ihrer Synode teilnehmen, denn dieser herausfordernde Dienst des LWB an Flüchtlingen wird von Ihrer Kirche tatkräftig unterstützt. Wir schätzen sehr, wie sich Ihre Landeskirche einsetzt, immer wieder auch im Verbund mit anderen Gliedkirchen der EKD und den Hilfswerken. Im Namen dieser Menschen, die uns am Herzen liegen, aber auch im Namen dieser diakonischen Berufung, die Sie mit 143 weiteren Mitgliedskirchen des LWB teilen, sage ich Ihnen: Vielen Dank!

Und zugleich komme ich mit der dringenden Bitte zu Ihnen, sich wie bisher weiter für die Flüchtlinge einzusetzen. Europa tut viel. Deutschland tut im europäischen Vergleich viel. Und doch meine ich, dass Deutschland und Europa im Angesicht der humanitären Notlage mehr werden tun müssen. Vor zwei Jahren besuchte ich das Flüchtlingslager in Dadaab, Kenia, und war erschüttert, als ich mir der Tatsache bewusst wurde, dass das Flüchtlingslager Dadaab mit seinen 400 000 Flüchtlingen nach der gleichnamigen Stadt benannt wird, vor deren Toren das Lager eingerichtet wurde, dass jene Stadt jedoch nur ca. 100 000 Einwohner hat. Wie groß müsste das Flüchtlingslager hier vor Ihren Stadttoren sein, um das Vierfache der Einwohnerzahl Stuttgarts zu fassen?

Ich will nicht vereinfachen und möchte auch nicht Maßstäbe an Realitäten anlegen, die nicht direkt anwendbar und vergleichbar sind. Doch wird für mich an diesem Beispiel deutlich, mit welchen Herausforderungen wir es zurzeit zu tun haben, von welchen Dimensionen wir sprechen und wieviel Solidarität gebraucht wird, damit jeder einzelne Flüchtling sein oder ihr Leben behält. Darum mein Appell an Sie: Setzen Sie sich ein, damit mehr getan wird! Europa muss mehr tun, Deutschland muss mehr tun und Sie können mehr tun.

Lassen Sie mich meinen Gruß mit einem Ausblick auf das Reformationsjubiläum 2017 enden, das uns selbstverständlich als LWB stark beschäftigt. Drei Richtlinien haben wir diesbezüglich aufgestellt, die unser Engagement leiten:

1. Reformation ist heute eine Weltbürgerin: Sie ist hinausgegangen und hat sich etabliert in fremden Regionen, hat dort neue Prägungen erfahren, neue Sprache und Gedanken entwickelt. Ich komme mit der erneuten Einladung nach Deutschland, das Reformationsjubiläum nicht allein als eine Gelegenheit wahrzunehmen, um nachzuzeichnen, was alles in die Welt hinausgetragen wurde, sondern um sich neugierig der Frage zu öffnen, was da

heute alles zurückkommt. Weil Reformation eine Weltbürgerin ist, wird der LWB nach Stuttgart seine Vollversammlung 2017 in Windhoek, Namibia, halten, damit zum Ausdruck bringend, dass es die afrikanischen Kirchen sind, die heute weltweit am stärksten wachsen.

2. Reformationsjubiläum in ökumenischer Verantwortung: Ich sprach eingangs von der Mennoniten-Aktion und wie uns dieser bewegende Moment in Stuttgart 2010 bis heute prägt. Wir wollen diesen Moment der Versöhnung nicht wegwischen und nicht vergessen in unserem Eifer, uns die geschichtlichen Gegebenheiten von vor 500 Jahren erneut zu vergegenwärtigen. Wir werden auch nicht die gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre vergessen, die der LWB und der Vatikan im Jahr 1999 unterzeichnet haben oder die wichtigen innerprotestantischen Vereinbarungen, etwa die Leuenberger Konkordie. Diese ökumenischen Errungenschaften wollen wir gezielt einbeziehen, sodass es weder zu unsachgemäßem Triumphalismus noch zu rückwärtsgewandten Antagonismen kommt. Dieses Reformationsjubiläum fällt in das ökumenische Zeitalter und darum soll es ökumenisch gestaltet werden.

3. Nicht als Kirchen der Reformation, sondern als Kirchen im fortwährenden Reformationsprozess: Es soll doch darum gehen, verehrte Synode, wie diese wunderbare Botschaft einer durch Gottes Gnade geschenkten Freiheit heute verkündet und gelebt wird im Hinblick auf die vielen komplexen Sachfragen, die die Menschheit heute bewegen und beschäftigen: Gibt es grenzenlose Freiheit? Kann es unbegrenztes Wachstum geben, wo doch die Schöpfung begrenzt ist? Wie stellt sich die Menschheit das Zusammenleben vor im Zeichen von sich weitenden Scheren zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, Alt und Jung, beschäftigt und arbeitslos? In Anbetracht dieser komplexen Fragen möchte ich die These aufstellen: Die Reformation des 16. Jahrhunderts ist nicht museumsreif, sondern zukunftsfähig. Es wird an den Kirchen liegen, dieses Statement mit ihrer Ausrichtung des Jubiläums zu unterstreichen.

Ich komme zum Schluss meines Grußwortes, nicht jedoch ohne Ihnen noch ein gutes Gelingen für Ihre Synode zu wünschen. Als Gastgeschenk möchte ich Ihnen, Frau Präsidentin, einen Band unseres globalen Prozesses zur biblischen Hermeneutik überreichen. Als Ausdruck dieser Wegbegleitung, in der wir uns befinden, dieser Gemeinschaft von Gebenden und Nehmenden, die in Jesus Christus die Worte des Lebens gefunden hat und diese Worte im biblischen Zeugnis sucht.

Möge Gottes Geist Sie leiten in dem, was Sie zu besprechen und zu entscheiden haben. Möge der innere Reichtum dieser Kirche mit ihren verschiedenen Frömmigkeitsstilen und theologischen Ausrichtungen Frucht bringen, sodass die Botschaft von Gottes Gnade und Liebe, die zum Dienst am Nächsten befreit, mit Kraft zum Leuchten kommt.

Vielen Dank! (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Junge, für Ihr eindrucksvolles Grußwort. Es hat aufgenommen, was uns die letzten Tage beschäftigt hat, nämlich das Thema der Flüchtlinge. Wir waren seit Montag mit diesem Thema beschäftigt. Aber auch mit Ihren Fragen zum

(Präsidentin Schneider, Inge)

Prozess der Reformation führen Sie uns weiter und geben uns Dinge zum Nachdenken. Es war für uns sehr ein-drucksvoll. Sie haben es an der Reaktion der Synode gemerkt, denn normalerweise wird nicht so viel geklatscht. (Heiterkeit)

Liebe Synodale, wir setzen unsere Beratungen zu Tagesordnungspunkt 11: **Plan für die kirchliche Arbeit 2015 (mit Haushaltsgesetz und Haushaltsplan)** fort. Bitte nehmen Sie Ihre Unterlagen zur Hand. Sie benötigen vor allem dieses gelbe Blatt, wir sind auf der Seite 12 angekommen. Sie benötigen dann auch Ihren Plan für die kirchliche Arbeit 2015.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir beschlossen haben, bei diesem Tagesordnungspunkt die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen. Ich möchte das heute auf-rechterhalten.

Wir sind im Ordentlichen Haushalt beim Haushaltsbe-reich Aufgaben der Landeskirche, Rechtsträger 0002, Budget 09 Diakonisches Werk Württemberg, Seite 12 der Ihnen vorliegenden detaillierten Darstellung der Haus-haltsbereiche. Wir kommen zu den Kostenstellen im Auf-gabenbereich 91: Diakonie. Hier möchte ich Sie auf das Änderungsblatt, Ziff. 2, Zahlenteil, und 4, Planvermerke zur Kostenstelle 0912950: Arbeit mit Migrantinnen und Migranten, hinweisen. Durch die Änderungen ergibt sich ein Ertrag von 1 075 000 €, und der Aufwand erhöht sich von 49 300 € auf 2 015 300 €.

Zuständig ist der Ausschuss für Diakonie. Möchte der Ausschussvorsitzende das Wort ergreifen?

Mörike, Markus: Die angesprochenen Posten wurden uns gesammelt vorgelegt und mit uns besprochen. Es gibt aus unserem Ausschuss keinerlei Einwendungen.

Präsidentin Schneider, Inge: Gibt es weitere Wortmel-dungen?

Burkhardt, Erwin: Unser Herr, der Chef von dem Laden, der ewige Herr. Hat ihn jemand gesehen? Er ist doch gegenwärtig, da hinten symbolisch auf dem Podest, mit Händen zu greifen und doch erklärungsbedürftig.

Liebe Mitsynodale, liebe Brüder und Schwestern, liebe Gäste! Ich spreche einmal von den Zahnrädern, die das Getriebe am Laufen halten und manches Sandkorn schluc-ken. Ich möchte heute einmal das Wort ergreifen. Ich bin im Ausschuss für Diakonie. Zunächst danke ich Herrn Kaufmann und allen, die hinter ihm stehen, für das Heft Inklusion. Als ich den ersten Entwurf, ein Faltblatt, in der Hand hatte, habe ich mir gedacht: Was soll das? Die Schlagworte sind mir nicht einmal über die Lippen gegan-gen. Jetzt ist es viel verständlicher geworden. Ein Danke-schön dafür.

Das bringt mich zu einem anderen Thema. Ich ergreife jetzt einfach das Wort. Vielleicht ist das heute für mich die letzte Gelegenheit. Für mich als Neuling ist es auch die erste. Wir haben viele Sachen auf den Weg gebracht, auf Hochglanzpapier in Tausenden Bytes heruntergeklickt. Als Handwerker bin ich da ganz nah dabei, obwohl ich

vieles davon nicht verstanden habe, noch nicht verstan-den habe und vielleicht auch nie verstehen werde.

Da kommt ein Gefühl hoch, das man als Handwerker, als Schreinermeister hat, wenn man mit seinem kunstvoll gefertigten und mit all seinem Wissen gebauten Werk hinten auf dem Lastwagen zum Kunden fährt. Im Kopf weiß man: Ich habe alles dreimal gemessen und viermal geprüft. Aber das Herz sagt: Wie geht es dir, wenn du hinkommst? Ist die Tür breit genug und das Treppenhaus nicht zu eng? Hast du dich nicht doch überschätzt?

Die Tür für alles, was wir machen, sind unsere Gemein-den und die Herzen der Menschen. Das dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. Da schlägt immer das Herz.

Ich weiß, dahinter steckt unwahrscheinlich viel Sach-verstand. Ich brauche nur das Zahlenwerk des Haushalts-plans anzusehen. Hinter den Zahlen verbirgt sich ein unwahrscheinlicher Reichtum. Ich bin dafür dankbar und staune darüber. Das macht mich richtig ehrfürchtig. Sie dürfen das ruhig allen weitersagen, die heute nicht da sind.

Die Tür, die zu eng ist, ist für einen Handwerker der Alptraum. Aber es gibt noch etwas Schlimmeres, nämlich, dass die Tür breit genug ist und das Werk super, millimet-ergenau hineinpasst, klasse aussieht und vollständig funktioniert, und der Kunde, den man gut beraten hat, mit dem man die Sache bemustert hat, damit er sich alles vorstellen kann und mit dem der Vertrag unterschrieben ist, trotzdem sagt: So habe ich es mir nicht vorgestellt.

Vor einer solchen Tür stehen wir auch manchmal. Ute Mayer hat einmal wunderbar davon gesprochen, wo jemand beurteilt, ob er es sich so vorgestellt hat.

Präsidentin Schneider, Inge: Da manche zum ersten Mal da sind und zum ersten Mal sprechen, möchte ich einiges, was gestern teilweise nicht ganz gut gelaufen ist, in Erinnerung rufen. Die Wortmeldung erfolgt mit einer roten Karte. Beide Hände hoch halten, bedeutet, einen Antrag zur Geschäftsordnung zu stellen. Über einen Antrag zur Geschäftsordnung wird in der Regel sofort abgestimmt. Es ist möglich, dazu eine kurze Gegenrede zu halten, und dann wird abgestimmt. Ein Antrag zur Geschäftsordnung wird auch zwischendurch und nicht am Ende aufgerufen.

Eine rote Karte und eine Hand ohne Karte bedeuten einen Zwischenruf. Zu einem Beitrag können maximal drei Zwischenrufe gemacht werden. Ein Zwischenruf wird am Ende eines Beitrags gemacht und kann maximal zwei Minuten dauern. Der Redner kann darauf auch maximal zwei Minuten lang reagieren. Aber es gibt keinen Zwi-schenruf zu einem Zwischenruf.

Wenn die Redezeit um ist, ertönt die Glocke. Man sollte dann möglichst schnell zum Ende kommen. Denn ca. 15 Sekunden später ertönt die Glocke zum zweiten Mal. Wenn sie zum dritten Mal ertönt, ist das die dritte Ermahnung des Präsidiums, und dann wird einem norma-lerweise der Saft abgedreht. Nach dem dritten Mal ist einfach Schluss. Wir müssen versuchen, ein bisschen die Ordnung einzuhalten. Ansonsten kommt es zu keiner guten Diskussion. Es ist Aufgabe der Präsidentin, das steht extra in der Verfassung, dafür zu sorgen, dass die

(Präsidentin Schneider, Inge)

Ordnung eingehalten wird. Ich dachte, ich muss Ihnen das sagen.

Noch etwas. Angeredet wird die Präsidentin bzw. die Synode. Es ist nicht vorgesehen, die Gäste anzusprechen. So ist es einfach. Wenn Sie meinen, können wir die Geschäftsordnung ändern. Aber solange sie gilt, halten wir uns an sie. Darum möchte ich bitten.

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Budget 09 Diakonisches Werk?

Geiger, Tobias: Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich möchte etwas zur Kostenstelle 2123 Diakoniefonds, sagen und mich für die Möglichkeit der Beschäftigungsgutscheine bedanken. Wir konnten bei uns in der Kirchengemeinde vier Beschäftigungsgutscheine beantragen, und ich war sehr erfreut, wie unkompliziert und unbürokratisch das ablief.

Gestern haben wir davon gesprochen, dass wir eine reiche Landeskirche sind, dass wir mehr Geld teilen sollten, gestern waren die Flüchtlinge im Blick. Ich bin dankbar, dass wir auch die Möglichkeit haben, mit langzeitarbeitslosen Menschen zu teilen und möchte uns das einfach noch einmal ins Gedächtnis rufen.

Präsidentin Schneider, Inge: Ich freue mich, dass genau die Haushaltsberatungen auch der Platz sind, um solche positiven Entwicklungen entgegenzunehmen. Wir sehen dann auch, was aus dem geworden ist, was wir hier beraten haben.

Will das Diakonische Werk noch das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall. Wer kann also den Kostenstellen im Budget 09 Aufgabenbereich 91 zustimmen? Das ist die ganz große Mehrheit.

Damit haben wir den Ordentlichen Haushalt im Budget 09 Diakonisches Werk Württemberg festgestellt. Die Budgetsumme hat sich aufgrund des Änderungsblattes, Stand 28. Oktober 2014, von 14 370 200 € auf 15 445 200 € erhöht.

Wir kommen zu Budget 10 Arbeitsrechtliche Kommission und den dort aufgeführten Kostenstellen mit einer Summe von 447 500 €. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt.

Somit gehen wir weiter zum Budget 12 Landeskirchliche Mitarbeitervertretung mit einer Summe von 594 400 €. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Damit festgestellt.

Wir sind beim Budget 13 Landessynode mit den aufgeführten Kostenstellen und den Kostenstellen, die nicht auf die einzelnen Aufgabenbereiche verrechnet werden, mit einer Gesamtsumme von 1 170 300 €. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt.

Damit sind wir bei Budget 14 Zentrales Gebäudemanagement angelangt. Ich habe gesagt, dass ich die förmliche Anfrage hier beantworten lasse, weil das mit Zentralem Gebäudemanagement etwas zu tun hat. Daher bitte ich jetzt Herrn Duncker ans Mikrofon und rufe auf den Tagesordnungspunkt 16: **Förmliche Anfrage**, Förm-

liche Anfrage Nr. 02/15 zur weiteren Nutzung des Klosters Denkendorf.

Oberkirchenrat **Duncker, Hans-Peter:** Verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Synodale! In der Förmlichen Anfrage Nr. 02/15 wird in einer ersten Frage gebeten, den aktuellen Stand der zukünftigen Nutzung des Klosters Denkendorf darzustellen. Seit 2010 steht das Kloster leer, und das ist in der Geschichte des Klosters nicht der erste Leerstand. Die Versuche, eine Nachfolgenutzung nach dem Beschluss der Landessynode, das Kloster nicht weiter mit landeskirchlichen Einrichtungen zu belegen, zu finden, sind mannigfaltig gewesen.

Nun ist der Landessynode das künftige Nutzungskonzept für das Kloster, nämlich die Nutzung mit einer Altenhilfeeinrichtung, seit 2012 in den verschiedenen Entwicklungsstufen mehrfach vorgestellt worden. Zunächst wurde grundsätzlich der Plan für ein Pflegeheim anstelle des bisherigen sogenannten „Neubaus“, des Margarete-Blarer-Hauses, und für betreutes Wohnen im bisherigen alten Klosterteil vorgestellt. Nach einer Reihe von Prüfungen zur Umsetzbarkeit hat die Landessynode dieses Konzept positiv aufgenommen. Nach der Erstellung verschiedener Entwürfe und umfangreichen denkmalrechtlichen Prüfungen ist von der Umsetzbarkeit des Baus eines Pflegeheims auszugehen. Ein Betreiber eines solchen Pflegeheims wurde in den Zieglerschen e. V. als einem diakonischen Träger gefunden. Den Zieglerschen e. V. haben wir den Vorzug gegeben, weil sie bereits mit einem Pflegeheim am Ort vertreten sind, die anderen Interessenten mussten zurückstehen.

Wie aus der Pressemitteilung, auf die sich die Förmliche Anfrage bezieht, hervorgeht, wird derzeit ein Klärungsverfahren zur Gestaltfindung durchgeführt, bei dem vier erfahrene und renommierte Architekturbüros bis Ende Januar 2015 Vorschläge für die Gestaltung und die Konzeption des Pflegeheims vorlegen werden. Sowohl die bürgerliche Gemeinde als auch die Kirchengemeinde sind über das Preisgericht in das Verfahren einbezogen.

Sobald die Ergebnisse des Planungsverfahrens vorliegen, soll zügig auf die Stellung eines Bauantrags und die Umsetzung zugegangen werden.

Parallel zum Planungsverfahren laufen derzeit Untersuchungen im alten Klosterteil, um zu klären, welche denkmalrechtlichen Anforderungen an eine Umgestaltung zu erwarten sind und wie die Verwendung des Gebäudes für betreutes Altenwohnen konkret in diesem Teil, und zwar unter Denkmalschutzbedingungen, umgesetzt werden kann. Wir haben natürlich schon Untersuchungen gemacht, dass es umsetzbar ist. Es geht hier um die besonderen Belange des Denkmalschutzes.

Zweite Frage: Wie sehen zukünftig die Eigentumsverhältnisse am Kloster Denkendorf aus?

Wie im Finanzausschuss dargelegt, soll das Kloster Denkendorf in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) eingebracht werden, eine 100 %-ige Tochter der Landeskirche. Sowohl das neue Pflegeheim als auch der Gebäudeteil für das betreute Wohnen werden langfristig an die Zieglerschen e. V. als diakonischen Träger vermietet. Aus verschiedenen Gründen ist diese Konstruktion sinnvoll, etwa um entsprechende öffentliche

(Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter)

Zuschüsse erhalten zu können und um den landeskirchlichen Haushalt von dem mit dem Eigentum verbundenen Risiko auch zu entlasten.

Zur dritten Frage: Wie wird der Kostenrahmen für den Neubau von 6,5 Mio. € finanziert?

Die Kosten für den Bau des Pflegeheims sollen über den Kreditmarkt finanziert werden. Über die langfristig vereinbarte Miete refinanziert die GmbH sowohl die Kreditmarktkosten als auch die Tilgung. Allerdings hat sich in der Planung ergeben, dass die eigentlich für die Finanzierung optimale Größe von 60 Betten an dem Standort nicht umzusetzen ist. Der Grund ist schlicht und ergreifend, dass die Kubatur des Gebäudes städtebaulich problematisch würde. Denkmalrechtlich hätten wir eine Zustimmung erhalten, aber mit Rücksicht auf die Einwohner in Denkendorf und die örtliche Gemeinde haben wir hier das Signal erhalten, dass 60 Betten wohl nicht auf die Zustimmung der bürgerlichen Gemeinde stoßen würden. Um dennoch eine Realisierung des Konzepts zu ermöglichen, hat die Landessynode insgesamt einmalig 1 Mio. € als „Vermarktungshilfe“ zur Verfügung gestellt. Damit kann über die Abschreibungszeit die Miete des Neubaus soweit reduziert werden, dass auch bei einem Pflegeheim mit nur 45 Betten die Refinanzierung mit einem am Markt erzielbaren Investitionskostensatz gesichert ist.

Weiter hat die Landessynode den Oberkirchenrat ermächtigt, eine Bürgschaft für die Finanzierung der Baumaßnahmen zu ermöglichen, um die Finanzierungskosten zu senken.

Zur vierten Frage: Unter welchen finanziellen, räumlichen und architektonischen Bedingungen soll die künftige Nutzung sichergestellt werden? Welche Verträge sind hierzu bereits geschlossen und welche weiteren wären zu schließen?

Die Frage der finanziellen Bedingungen ist mit Frage drei an sich beantwortet. Es ist zu ergänzen: Die Berechnungen, die angestellt worden sind über den möglichen Rahmen der Finanzierung, sind natürlich zugleich auch ein harter Kostendeckel. Denn eine GmbH, die nicht eine sichere Refinanzierungsaussicht hat, kann eine Investition nicht tätigen. Das bedeutet, dass, wenn sich bei den weiteren Planungen zeigen würde – wovon wir nicht ausgehen nach allem, was bereits an Arbeit investiert ist –, dass mit dem refinanzierbaren Kostenrahmen das Projekt nicht zu stemmen wäre, dieses Projekt natürlich wieder in Frage stehen würden.

Die räumlichen Bedingungen des Neubaus sind dargestellt. Das Raumkonzept ist von 60 auf 45 Betten und damit um ein Stockwerk reduziert worden, um der besonderen Lage und der für die Gemeinde Denkendorf stark ortsbildprägenden städtebaulichen Situation Rechnung zu tragen. Eine deutliche Veränderung der Baulinien im Grundriss ist schon aus denkmalrechtlichen Gründen nicht möglich, weshalb das Pflegeheim auf den Standort und die Baulinien des Margarete-Blarer-Hauses begrenzt sein wird. Die Gemeinde Denkendorf beteiligt sich übrigens an den Kosten des Wettbewerbs mit einer nennenswerten Summe von 50 000 €. Das nur am Rande. Die Gemeinde unterstützt nach allem, was ich wahrnehme, auch die Pläne der Landeskirche. Darauf komme ich nachher noch einmal zurück.

Mit dem reduzierten räumlichen Konzept gehen wir damit von einer auch am Ort akzeptablen Lösung aus, die voraussichtlich an den bisherigen Altbau anschließt. Der in den 1950er Jahren erst angebaute Teil des alten Klosters wird dabei evtl. entfernt. Architektonisch ist die Erstellung eines Pflegeheims an dem städtebaulich schwierigen Standort eine Herausforderung, die das gewählte Verfahren rechtfertigt, mehrere Entwürfe erstellen zu lassen. Schwierig ist die Situation einmal, weil das Kloster als hervorragendes Denkmal hohe Anforderungen an die angemessene Gestaltung stellt, andererseits weil die Errichtung eines Pflegeheims bekanntlich mit zahlreichen baulichen und wirtschaftlichen Festlegungen einhergeht.

Verträge sind bisher mit dem Büro SchreiberPlan über die Begleitung des Verfahrens, mit vier Architekturbüros zur Gestaltfindung geschlossen und mit dem diakonischen Träger „Dienste für Menschen“ über die fachliche Begleitung der bisherigen Planungsschritte. Verträge gibt es auch mit Architektur- und Ingenieurbüros, die für die Durchführbarkeit des Projekts Voruntersuchungen und Vorplanungen erstellt haben. Mit den Zieglerischen e. V. ist ein förmlicher Betreibervertrag noch nicht geschlossen, da der Zeitpunkt einer Inbetriebnahme noch nicht feststeht, jedoch besteht ein Konsenspapier zu den wesentlichen Punkten für die Übernahme des Betriebs, auch was die Mieten angeht.

Abzuschließen werden noch der GmbH-Vertrag mit der Einbringung des Klosters, die Bau- und Architektenverträge und die Finanzierungsverträge sein, dann der abschließende Mietvertrag mit dem künftigen Betreiber sowie weitere notwendige Verträge, z. B. über mögliche Fördermittel, Städtebauförderung und andere Verträge, die noch nicht genau absehbar sind. Da hängt es davon ab, was wir erreichen können.

Vonseiten des Oberkirchenrats freuen wir uns, dass sich für das Kloster Denkendorf eine Perspektive abzeichnet, der auch die bürgerliche Gemeinde positiv gegenübersteht und die eine würdige und langfristige Verwendung des wichtigen historischen Gebäudes im Rahmen der Diakonie als einer der verschiedenen klösterlichen Traditionen wirklich angemessenen ermöglicht.

Zum Schluss möchte ich noch einen Dank anschließen an die bürgerliche Gemeinde und insbesondere an Bürgermeister Jahn. In Denkendorf wird genau wahrgenommen, was im Kloster geschieht. Es wird auch genau wahrgenommen, dass hier ein Plan verfolgt wird, der eine Nutzung des Klosters bringt, die für den ganzen Ort grundsätzlich gut sein wird.

Die Unterstützung, die hier zum Ausdruck kommt in der Beteiligung an der Finanzierung des Architektenwettbewerbs wie auch in vielen Sitzungen und planerischen Mitüberlegungen, ist spürbar. Natürlich ist es ein Angang für einen solchen Ort wie Denkendorf, eine Veränderung zu akzeptieren, aber im Kirchengemeinderat gab es auch positive Rückmeldungen bei allen Bedenken, die in einem solchen Fall verständlich sind. Aber es gab natürlich auch im bürgerlichen Gemeinderat kritische Fragen. Doch auch das ist etwas, das uns veranlasst hat, genau diesen Wettbewerb zu machen. Der wird hoffentlich eine Varianz von Möglichkeiten und eine Varianz von Lösungen bringen, die für die Bürgerinnen und Bürger in Denkendorf die beste Möglichkeit aufzeigt.

(Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter)

Weiter bin ich dankbar dafür, dass Architekt Riehle als Präsident der Architektenkammer dem Preisgericht vorsteht. Er hat sich dafür gewinnen lassen. Dass sowohl die Architekturbüros als auch Prof. Dr. Goehr vom Landesdenkmalamt persönlich in dem Preisgericht vertreten ist, zeigt, dass nicht nur von uns als Landeskirche und von Denkendorf aus, sondern auch von Seite der Architektur und vom Denkmalamt dieses Projekt positiv und intensiv begleitet wird. Wir haben mit Denkendorf als Klein-Jerusalem eine besondere Perle im Blick auf die Kirchengeschichte und auch auf den Denkmalschutz, also mit einem ganz hohen Rang, der Denkendorf zukommt und sich auch in der Lösung niederschlagen muss. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Duncker, für die Beantwortung der förmlichen Anfrage. Wir kommen zurück zu Tagesordnungspunkt 11: **Plan für die kirchliche Arbeit 2015 (mit Haushaltsgesetz und Haushaltsplan)** und setzen unsere Beratungen zu Budget 14 Zentrales Gebäudemanagement fort. Gibt es Wortmeldungen?

Gohl, Ernst-Wilhelm: Frau Präsidentin, liebe Synode! Ich nehme im Rahmen des Gebäudemanagements zur Anfrage zum Kloster Denkendorf Bezug. Erst einmal vielen Dank, Herr Duncker, für alle Mühe. Wir wissen, was dahintersteckt und wie schwierig es ist, da eine Lösung zu finden. Wir von Evangelium und Kirche haben gehört, dass für das Blarer-Haus gute Lösungen gefunden werden sollen. Aber Sie schreiben in Ihrer Beantwortung, dass parallel zum derzeitigen Verfahren die Untersuchungen für den alten Klosterteil laufen. Sie haben es beschrieben. Denkmalschutzrechtlich sind es einfach schwierige Sachen.

Betreutes Wohnen ist eine Richtung, worüber überlegt wird. Wir kennen es von anderen Gebäuden, dass dort immense Investitionskosten nötig sind, dass man die auf einen guten Stand bringt. Wie verhindern wir, dass wir unter Umständen im Blarer-Haus eine gute Lösung haben, aber sich am Ende herausstellt, dass man dieses Konzept nicht für den historischen Bauteil umsetzen kann? Wie verhindern wir, dass wir den zweiten Schritt vor dem ersten Schritt machen? Das ist eine große Sorge, die wir haben. Deshalb wollte ich an dieser Stelle nochmal nachfragen. (Beifall)

Jahn, Siegfried: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Synode! Ich danke Ihnen, Herr Duncker, dass in dieser Sache Ideen auf dem Tisch liegen und hier Vorschläge geprüft werden. Ich finde, alles was schwierig ist, kann geprüft werden. Ich bin froh, dass es von den Ideen her nach vorne geht. Aller Erfahrung nach ist es mit den Gebäuden immer so: Wenn wir lange nichts machen, werden sie substanzuell nicht besser und finanziell nicht günstiger.

Deshalb herzlichen Dank. Ich wünsche Ihren Planungen gutes Gelingen. Wir müssen nach vorne schauen und sehen, dass diese Gebäude wieder mit Leben gefüllt werden. Es ist das Beste für die Landeskirche und auch für die Menschen erreicht. Gutes Gelingen und danke für alle Bemühungen.

Allmendinger, Martin: Frau Präsidentin, Hohe Synode! Herr Duncker, herzlichen Dank für die Beantwortung der vier Fragen. Als Kenner der Szene und als 200 Meter vom Kloster entfernt wohnender Bürger von Denkendorf möchte ich doch noch einmal Stellung nehmen zu dieser Sache und darauf hinweisen, dass es eine hoch sensible Geschichte darstellt, wie Sie es auch ausgeführt haben. Mir war wichtig bei der Einbringung dieser Frage, dass die Synode über den Sachstand informiert wird. Das ist heute geschehen, herzlichen Dank.

Dass Fragen und Zweifel bleiben, liegt in der Natur der Sache. Die Topographie dieses Geländes ist ein schwieriges Unterfangen. Ich stelle mir vor, dass Menschen mit ihren Rollatoren und Rollstühlen auf dem Kopfsteinpflaster des Klosterhofs spazieren gehen und sich dabei freuen, dass sie in dem historischen Bereich ihren Alters- und Lebensabend verbringen können. Bei mir bleiben Zweifel, und bei mir bleibt eine Sorge, ob nicht am Ende wir als Betreiber dieser Tochtergesellschaft wieder mit vielen Fragen konfrontiert sein werden.

Ich habe keine andere Lösung. Aber wir müssen miteinander versuchen, hier in einer ganz guten Weise unterwegs zu sein und zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt, z. B. auch bei der Nutzung des Fruchtkastens darauf zu achten, dass durch unsere Impulse der Träger im Betrieb dieser Einrichtung gut unterstützt wird. Ich freue mich auf eine konsequente Zusammenarbeit und freue mich auf eine Weiterentwicklung, die uns planmäßig nach vorne bringt, und bin gespannt auf den Zeitplan. Da wäre noch meine Frage an Sie, wie der Zeitplan in dieser Sache denn nun aussieht, nachdem wir beinahe fünf Jahre lang mit diesen Dingen unterwegs sind.

Noch einmal herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen und uns alles Gute.

Schaal-Ahlers, Peter: Frau Präsidentin, liebe Synode! Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen zu Denkendorf. Ich habe mir das Kloster angesehen. Das ist wirklich ein schwieriges Problem. Ich beneide Sie nicht, dass Sie an der Stelle eine Lösung präsentieren müssen. Gleichwohl muss ich sagen, ich habe große Bedenken, ob das jetzt der Wurf ist, der uns weiterbringt. Mir ist völlig unklar, wie das Betreute Wohnen in diesem historischen Gebäude eingepasst werden kann. Wenn ich es richtig weiß, sind das hier nur Vorplanungen. Es wird viel, viel Geld kosten. Die Konzeption von 45 Betten bedeutet, dass hier dauerhaft ein Heim entsteht, das sich nicht trägt, das ständig gestützt werden muss.

Vor Jahren gab es einmal die Idee eines integrativen Hotels. Dazu würde mich interessieren, wie hoch wären damals die Kosten gewesen. Ich habe gehört, man hat damals gesagt, wir machen das nicht als Synode, weil an der Stelle zu viel Geld eingebracht werden muss. Ich habe große Bauchschmerzen, wenn man sagt: Mensch, jetzt haben wir so lange nichts gemacht, jetzt machen wir irgendetwas. Herr Allmendinger hat das Kopfsteinpflaster angesprochen. Es gibt andere Pflegeheime in Denkendorf, die barrierefrei zu erreichen sind. Es ist kein Meisterwerk der Inklusion, das hier entsteht, sondern ein Kloster auf dem Berg. Ich bin sehr, sehr skeptisch, ob wir auf diese Lösung zugehen sollen. Danke schön. (Beifall)

Kanzleiter, Götz: Liebe Synode, ich bin kein Kenner von Denkendorf. Ich habe zwei konkrete Fragen.

Es gibt einen Architektenwettbewerb, und es wurde eine Zahl von 50 000 € genannt, was die Stadt bezahlen würde. Was bezahlt die Landeskirche? Es gibt ein Konsenspapier mit einem Träger, der Interesse hätte. Gibt es schon einen Vertrag? Bevor die nicht unterschrieben haben, können sie ja auch wieder zurückziehen. Was wäre, wenn die sich nach zwei, drei Jahren verabschieden? Bleibt dann das Risiko bei der Landeskirche?

Daferner, Eberhard: Frau Präsidentin, Hohe Synode! Meine Familie kommt aus Denkendorf, und von daher habe ich immer noch Kontakt und bekomme natürlich auch immer wieder Mitteilungen darüber, wie diese Dinge laufen. Als Problemanzeige, die mir mitgeteilt wurde, war eben auch, dass beklagt wurde, dass die Beteiligungsprozesse sehr unklar und intransparent gelaufen sind, und dass eben nicht so, wie Sie es dargestellt haben, Herr Duncker, die Beteiligungsprozesse gelaufen sind. Das schmerzt mich ein bisschen, weil ich denke, dass zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was ich höre, dann doch eine Diskrepanz besteht.

Zum anderen denke ich auch, dass die Situation des Klostergebäudes und seiner Nutzungsmöglichkeiten wahrscheinlich den Kostenrahmen, den wir dafür vorsehen, sicherlich übersteigen wird, weil nicht abgesehen werden kann, wie sich die Kosten entwickeln. Von daher habe ich eine große Skepsis bei dem, was Sie hier vorgelegt und beantwortet haben, und ich bin gespannt, ob wir im nächsten Jahr von Ihnen hier oder im Finanzausschuss eine Mitteilung oder eine Kostenberechnung kriegen, wo wir etwas nachschieben müssen. Ich kenne das vom kommunalen Bereich her und weiß, wie schmerzhaft es ist, immer wieder Geld nachschieben zu müssen.

Von daher sage ich: Wenn Sie hier in der Synode auf uns zukommen, werde ich einem Kostenrahmen, der über diesen hinausgeht, nicht zustimmen können.

Fritz, Michael: Hohe Synode, verehrte Frau Präsidentin! Ich kann dem, was jetzt gesagt worden ist, gar nicht viel hinzufügen. Es bleibt natürlich bei allen Beteiligten die gewisse Skepsis, die Frage, ob die Dinge, wie sie sich jetzt entwickeln, so entwickeln, dass die inhaltliche Nutzung nachher zu dem wird, was wir uns vorstellen. Aber wir, die wir schon länger im Finanzausschuss sind, müssen einfach feststellen, dass eben alle anderen Alternativen, die bisher geprüft worden sind, nicht zu einem so weiten Punkt gekommen sind, wie wir ihn jetzt haben, und dass wir erkennen, dass bei allen Beteiligten – Gemeinde, Denkmalpflege, zukünftiger Betreiber, Landeskirche – ein Weg eingeschlagen wurde, bei dem nach unserer Einschätzung alle Beteiligten bereit sind, diesen auch zu gehen. Die Frage, kann man da ein Altenheim betreiben oder nicht, haben unter den jetzt genannten Rahmenbedingungen die angefragten Betreiber, die Zieglerischen Anstalten, zunächst einmal grundsätzlich positiv beantwortet. Sie haben ja durchaus ein Interesse. Was nicht der Fall ist, das kann man deutlich sagen: Durch die jetzt sich abzeichnende und hier im Gremium im Sommer genehmigte Einbringung von Eigenkapital in Höhe von 1 Mio. € ist eine verlässliche Finanzierungsstruktur möglich,

die eben gerade eines nicht schafft: Einen dauerhaften Zuschussbetrieb. Vielmehr bringt sie eine Finanzierungsstruktur, die dauerhaft mit einem am Markt durchsetzbaren Eigenkapitalkostensatz zu finanzieren ist.

Die entscheidende Frage ist, wie der Vertrag geschlossen wird. Es gibt hierzu eine klare Aussage von allen Beteiligten, dass wir hier über einen Vertrag reden, der über eine lange, über eine mindestens 15-jährige Laufzeit verfügen soll. Das ist die Zielsetzung, daran wird gearbeitet.

Deshalb ist meines Erachtens das Risiko insgesamt beherrschbar. Herr Duncker wird sicherlich die Antworten auf die Fragen noch geben. Ich möchte Ihnen sagen, wie wir als Finanzausschuss votiert haben, dieses Vorhaben weiter zu begleiten. Ja, in so einer Phase ist es völlig normal, dass noch nicht alle Verträge unterschrieben sind. Wir können es uns als Landeskirche nicht leisten, unbegrenzt in die Vorleistungen zu gehen. Deshalb haben wir den Beirat für Beteiligungen, das ist ein offizieller Unterausschuss des Finanzausschusses, gebeten, weil es sich um eine GmbH-Lösung handelt, die jetzt zu erstellenden Vertragswerke intensiv zu begleiten, die Dinge eng abzustimmen, sodass die Landeskirche in dem Vertragswerk nicht in Risikosituationen hinein läuft, was dann dazu führt, dass wir viel Geld investieren, in die Vorleistung gehen und dann springt nach zwei Jahren wieder jemand ab. Dafür haben wir den Beirat für Beteiligungen gebeten, dieses eng zu begleiten. Wir werden das als Finanzausschuss natürlich weiter Sitzung für Sitzung tun. Insoweit bleibt das eine oder andere Fragezeichen. Das ist ein gewisses unternehmerisches Risiko. Ich persönlich sage: Lassen Sie uns mit diesem Risiko umgehen. Nach allem, was wir sehen, in der Abwägung des Kompromisses, in der Abwägung nach der Suche nach einer zukunftsfähigen Lösung, zeichnet sich hier nach meiner persönlichen Einschätzung ein Weg ab, den wir kontrolliert, das tun wir, gehen können.

Lassen Sie uns das mit einem gewissen Optimismus angehen. Am Ende des Tages kann sich für Denkendorf und den dortigen Standort eine attraktive Lösung ergeben. Vielen Dank. (Beifall)

Oberkirchenrat **Duncker, Hans-Peter:** Zunächst herzlichen Dank, Herr Fritz. Sie haben durch Ihr Votum deutlich gemacht, dass im Finanzausschuss diese Fragen nicht erst irgendwann aufschlagen, sondern bereits jetzt die Frage, Gibt es ein Fass ohne Boden? diskutiert wurde: Dazu möchte ich noch eins ergänzen, was nach der Erfahrung, das ist von Herrn Schaal-Ahlers angesprochen worden, der Synode und des Finanzausschusses nicht akzeptiert wurde, dass man ein Diakonisches Hotel in Denkendorf macht. Dazu möchte ich sagen: Es ist deutlich, dass wir hier eine andere Konstruktion als bisher wählen müssen. Die Synode hat Nein dazu gesagt, dass die Landeskirche das Gebäuderisiko behält. Jetzt haben wir eine neue Situation. Das Gebäuderisiko geht auf eine GmbH über. Herr Gohl, Sie haben die Sorge, dass der zweite Schritt vor dem ersten getan wird. Das, was ich zum Pflegeheimbau gesagt habe, gilt natürlich auch für das Betreute Wohnen. Das Betreute Wohnen soll nicht in einem zweiten Schritt danach gemacht werden, sondern es soll in einem gemacht werden. Wir wollen, dass die gesamte Finanzierung für das gesamte Projekt in einem

(Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter)

Schritt in den Blick genommen wird und die Refinanzierbarkeit für das Ganze betrachtet wird. Wir bauen kein Pflegeheim, wenn wir nicht mit dem Betreuten Wohnen auch klar kommen. Es ist dadurch vorgezeichnet, dass eine GmbH nicht sagen kann: Ich hole mir dann noch Kirchensteuermittel von der Synode. An der Stelle ist dann der Ausschuss für Beteiligungen gefordert, er wird zu prüfen haben, ob das Konzept schlüssig ist. Denn das Kloster muss ja als Gebäude in die GmbH eingebracht werden. Wir werden also zwischen dem einen oder anderen Bau nicht trennen, sondern wir werden es als Gesamtkonzept darstellen oder nicht.

Ein Pflegeheim ohne Betreutes Wohnen löst unsere Probleme nicht und wird daher auch keinen Sinn machen. Dazu gibt es nicht nur grobe Vorüberlegungen, sondern bereits schon vom Architekten Planungen, wie das funktionieren kann. Die Details, beispielsweise wo ist der Aufzug, wo ist er denkmalrechtlich zulässig, sind noch offen. Das ist klar.

Aber vom Grundsatz her ist es durchgeplant, dass es funktioniert und sich rechnet. Von Überraschungen aus dem Denkmalsbereich abgesehen, die kann es immer geben, ist aber doch eine gewisse Vorsorge nötig. Vielleicht gibt es ja auch Denkmalmittel. Es ist aber klar, wir gehen kein Abenteuer mit einem Pflegeheim ein, bei dem nachher das Kloster übrig bleibt. Das ist nicht beabsichtigt, das sage ich in aller Deutlichkeit.

Von Herrn Allmendinger ist angesprochen worden, dass die räumliche Situation von Pflegeheimen auch Fragen aufwirft. Das wird Teil dieses Architektenwettbewerbs sein. Hierbei handelt es sich nicht um einen klassischen Gestaltungswettbewerb, sondern es wird bei diesem Wettbewerb eine der Aufgaben sein, die Zugangssituation zu klären. Wir sind auch mit der bürgerlichen Gemeinde im Gespräch, dass die Erschließung an das örtliche Bussystem angepasst wird, damit die Menschen in den Ort kommen. In Denkendorf ist es generell so, dass die topografische Lage kaum irgendwo einen ebenerdigen Zugang zu den wesentlichen Ortsteilen zulässt. Das Körschtal ist relativ scharf eingeschnitten. Von daher sind alle Standorte, was diesen Punkt angeht, schwierig insbesondere hinsichtlich der Frage: Wie erreicht man was? – Hier wird entsprechend Vorsorge zu treffen sein, dass es gelingt. Ich bin selber gespannt, wie es architektonisch angegangen wird; dafür macht man ja unter anderem einen solchen Wettbewerb.

Zum Zeitplan ist zu sagen: Wenn wir den Wettbewerb hinter uns haben und eine Auswahl getroffen ist, gehen wir so schnell wie möglich auf die Genehmigung zu und werden so bald wie möglich bauen. Selbstverständlich gibt es noch Gespräche mit dem Denkmalschutz, parallel laufen bereits Untersuchungen. Unter Umständen werden wir auch noch Bodenuntersuchungen durchführen müssen, aber das sind überschaubare Größenordnungen. Das Baugenehmigungsverfahren kann man zeitgleich durchführen. Eine Baugenehmigung setzt die konkrete Planung voraus. Da wir derzeit noch in der Wettbewerbsphase sind, können wir das noch nicht angehen.

Sie hatten nach der Dauer des Mietvertrages gefragt. Die Ziegler'schen bevorzugen einen 20-jährigen oder noch längeren Mietvertrag, die möchten keinen kurzfristigen Vertrag. Selbst ein 15-jähriger Mietvertrag ist ihnen nicht lange genug, sie möchten einen langfristigen Ver-

trag. Das Heim, das die Ziegler'schen am Ort haben, ist das einzige und hat ab 2018 das Problem, dass die Doppelzimmer auf Einzelzimmer angepasst werden müssen. Der Bedarf am Ort ist berechnet und für die 45 Betten auf jeden Fall gesichert. Die Daten dazu wurden vom Landkreis erhoben. Diese Zahlen kann man jederzeit abrufen und sind auch vom Bürgermeister Jahn bestätigt.

Die größte Sorge, die ich vernommen habe, dass nachgeschossen werden muss, ist in einem Kontext zu sehen. Wir haben bisher alles probiert: Von Schulen bis zu Überlegungen zu Schulplanungen und viele andere Dinge, die wir im Kloster überlegt haben. Nach allem, was ich wahrgenommen habe, möchte ich um eines bitten: Das Stift Urach hat ziemlich exakt mit der geplanten Summe abgeschlossen, die das ZGM angesetzt hat. In Birkach sind wir etwas unter dem Ansatz geblieben. Die Planungen des ZGM in den letzten Jahren haben sich nicht unbedingt dadurch ausgezeichnet, dass die Kosten nach oben davon gedriftet sind. Das mag im kommunalen Bereich etwas anders sein, Herr Daferner, ich weiß es nicht. Aber die Erfahrungen der letzten fünf Jahre mit dem ZGM sind ermutigend. Das möchte ich auch im Sinne meiner Mitarbeiter festhalten. Ich denke, das Projekt insgesamt bringt eine gute und würdige Lösung, die um die Überlegungen, die Herr Allmendinger vorgebracht hat, Was machen wir in der Begleitung eines solchen alten Stifts? Was machen wir mit dem Fruchtkasten? ergänzt werden muss.

Präsidentin Schneider, Inge: Können Sie Ihre Ausführungen etwas kürzen? Sonst bekommen wir zeitliche Probleme.

Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter: Das waren auch die wesentlichen Punkte. (Beifall)

Kanzleiter, Götz: Die Antwort auf eine meiner Fragen wurde vergessen: Wie viel hat denn die Landeskirche für den Architektenwettbewerb bezahlt?

Oberkirchenrat **Duncker**, Hans-Peter: Die Kommune wird davon knapp die Hälfte zahlen. Ganz genau kann man es noch nicht berechnen.

Präsidentin Schneider, Inge: Damit haben wir die Beratungen zum Budget 14 Zentrales Gebäudemanagement, abgeschlossen. Sind Sie bereit, dem Budget 14 Zentrales Gebäudemanagement, mit den entsprechenden Kostenstellen zuzustimmen? Das ist die übergroße Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? Acht. Mehrheitlich angenommen.

Damit haben wir den gesamten ordentlichen Haushalt im Rechtsträger 002 Aufgaben der Landeskirche festgestellt. Die Gesamtsumme von 865 524 400 € hat sich aufgrund des Änderungsblattes auf 867 837 500 € erhöht.

Wir kommen zum Vermögenshaushalt, Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche, Rechtsträger 002, Budget 01 Theologie und weltweite Kirche. Zuerst Kostenstel-

(Präsidentin Schneider, Inge)

len im Aufgabenbereich 11: Theologische Grundlagen, Gottesdienst und innerkirchlicher Diskurs. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt.

Kostenstellen im Aufgabenbereich 12: Gesellschaftlicher Dialog. Wortmeldungen? Somit festgestellt.

Kostenstellen im Aufgabenbereich 13: Ökumene. Hier muss ich Sie auf die im Änderungsblatt vorgenommenen Veränderungen im Zahlenbereich der Haushaltsstelle 01.63490 Sonstige ökumenische Arbeit aufmerksam machen. Durch die Änderungen erhöhen sich Ertrag und Aufwand von 2 800 € auf 1 077 800 €. Wortmeldungen? Somit festgestellt.

Ich rufe nun zusammen den Vermögenshaushalt von Aufgabenbereich 15: Weltmission, Aufgabenbereich 17: Theologisch-inhaltliche Gemeindebegleitung im ev. Bildungszentrum, Aufgabenbereich 18: Öffentlichkeitsarbeit und Aufgabenbereich 19: Kirchenmusik, Aufgabenbereich X2: Tagungsstättenmanagement und der Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden, auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt.

Damit haben wir den Vermögenshaushalt im Budget 01 festgestellt. Die Budgetsumme hat sich aufgrund des Änderungsblattes von 2 222 300 € auf 3 097 300 € erhöht.

Wir kommen zu Budget 02 Kirche und Bildung. Ich fasse die Aufgabenbereiche 21, 22, 23, 25, 26, 27, 28, X2 und Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden, also das gesamte Budget 02, zusammen. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir haben eine Gesamtsumme von 2 618 700 € und haben dies hiermit festgestellt.

Wir sind beim Rechtsträger 0002 Vermögenshaushalt und jetzt beim Budget 03 Theologische Ausbildung und Pfarrdienst. Ich frage einfach: Gibt es Wortmeldungen zu Aufgabenbereiche 32: Gemeindepfarrdienst, Aufgabenbereich 33: Versorgung, Aufgabenbereich 34: Theologische Ausbildung für den Pfarrdienst, Aufgabenbereich 35: Fort- und Weiterbildung Pfarrdienst und zu den Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden? Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Vermögenshaushalt des Budgets 03 mit einer Gesamtsumme von 8 814 700 € festgestellt.

Ich rufe auf Budget 05 Allgemeines Recht, Geschäftsleitung Oberkirchenrat, mit Aufgabenbereich 51: Leitung und Allgemeines Recht, Aufgabenbereich 52: Zentrale Dienste, Aufgabenbereich 54: Bibliothek, Archiv und Registratur/Dokumentenmanagement und Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit haben wir den Vermögenshaushalt von Budget 05 in Höhe von 2 081 700 € beschlossen.

Wir kommen zu Budget 06 Dienst- und Arbeitsrecht, mit dem Aufgabenbereich S 63: Gehalts- und Reisekostenabrechnung und den Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verrechnet werden, mit einer Gesamtsumme von 286 500 €. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit haben wir den Vermögenshaushalt im Budget 06 festgestellt.

Wir sind beim Vermögenshaushalt des Rechtsträgers 0002 und kommen nun zum Budget 07. Ich rufe auf Aufgabenbereich 71: Nachhaltiges Finanzmanagement, Auf-

gabenbereich 72: Liquiditäts- und Assetmanagement, Finanzbuchhaltung und S 74 Informationstechnologie in der Landeskirche und im Oberkirchenrat, mit einer Summe von insgesamt 107 614 300 €. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit haben wir das Budget entsprechend beschlossen.

Ich rufe auf Budget 08 Bauwesen und Gemeindeaufsicht mit den Aufgabenbereichen 81: Bau- und Gemeindeaufsicht, Beratung der Kirchengemeinden, Aufgabenbereich 82: Bauberatung, Aufgabenbereich 84: Planungs- und Strukturfragen, Organisationsrecht und den Kostenstellen, die nicht auf einzelne Aufgabenbereiche verteilt werden. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit haben wir den Vermögenshaushalt des Budgets 08 in Höhe von 845 900 € beschlossen.

Wir kommen zum Vermögenshaushalt Budget 09 Diakonisches Werk Württemberg. Ich rufe die Kostenstellen im Aufgabenbereich 91: Diakonie auf. Hier möchte ich Sie auf das Änderungsblatt und da auf die Haushaltsstelle 09.6.2950 Arbeit mit Migranten und Migrantinnen hinweisen. Durch die Änderungen ergeben sich Erhöhungen bei Ertrag und Aufwand auf 1 075 000 €. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt. Damit haben wir den Vermögenshaushalt im Budget 09 festgestellt. Die Budgetsumme hat sich durch das Änderungsblatt von 7 395 200 € auf 8 470 200 € erhöht.

Wir kommen zum Budget 10 Arbeitsrechtliche Kommission mit einer Summe von insgesamt 1 800 €. Keine Wortmeldungen. Somit festgestellt.

Wir kommen zum Budget 12 Landeskirchliche Mitarbeitervertretung, mit der aufgeführten Kostenstelle und einer Summe von 13 500 € im Vermögenshaushalt. Keine Wortmeldungen. Somit festgestellt.

Wir kommen zum Budget 13 Landessynode mit den aufgeführten Kostenstellen und einer Summe von 10 800 €. Keine Wortmeldungen. Somit festgestellt.

Wir kommen zum Budget 14 Zentrales Gebäudemanagement mit den aufgeführten Kostenstellen und einer Summe von 13 041 600 € im Vermögenshaushalt. Keine Wortmeldungen. Somit festgestellt.

Damit haben wir den gesamten Vermögenshaushalt beim Rechtsträger 0002 Aufgaben der Landeskirche festgestellt. Die Gesamtsumme hat sich aufgrund des Änderungsblattes von 144 747 000 € auf 146 897 000 € erhöht.

Damit haben wir die Kostenstellen abgeschlossen und kommen nun zu den Bausteinen.

Im Zusammenhang mit dem Haushaltsbereich Aufgaben der Landeskirche, Rechtsträger 0002, sind auch die Bausteine zu beschließen. Die Bausteine mit einer Gesamtsumme von 425 695 500 € finden Sie auf dem Änderungsblatt, Stand 28. Oktober 2014, unter Ziff. 1. Diese ersetzt die im Plan für die kirchliche Arbeit auf Seite 4 abgebildete Summe.

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt. Unter § 1 Abs. 2 gehört nun die neue Bausteinsumme von 425 695 500 €.

Nachdem wir den Zahlenteil für den Plan für die kirchliche Arbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg für das Haushaltsjahr 2015 festgestellt haben, kommen wir zum Haushaltsgesetz.

(Präsidentin Schneider, Inge)

Ich bitte Sie, im Plan für die kirchliche Arbeit 2015 das Haushaltsgesetz auf Seite 4 aufzuschlagen.

Ich rufe auf in **erster Lesung**: Kirchliches Gesetz über den landeskirchlichen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015:

Die Landessynode hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

§ 1 Abs. 1: Hier finden Sie die Gesamtsummen der Erträge und Aufwendungen.

In den Haushaltsbereichen RT 0003 Aufgaben der Kirchengemeinden und RT 0002 Aufgaben der Landeskirche ergeben sich aufgrund des Änderungsblattes neue Endsummen. Die Endsummen sind auf dem Änderungsblatt unter Ziff. 1 dargestellt und ersetzen die im Plan für die kirchliche Arbeit auf Seite 4 abgebildeten Summen in den Haushaltsbereichen RT 0003 Aufgaben der Kirchengemeinden und RT 0002 Aufgaben der Landeskirche sowie die Gesamtsumme. Diese beträgt nun 2 141 792 500 €.

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Somit festgestellt.

§ 1 Abs. 2: Wie bereits erwähnt, wird die abgedruckte Bausteinsumme durch die Bausteinsumme in Höhe von 425 695 500 € ersetzt.

Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 2 Abs. 1 und 2: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 3 Abs. 1 bis 6: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 4: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 5: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 6: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 7: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

§ 8: Wortmeldungen? Keine. Somit festgestellt.

Damit sind alle Paragraphen festgestellt. Wir haben in erster Lesung das kirchliche Gesetz über den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen.

Bevor ich gleich im Anschluss an die erste Lesung dieses Gesetz in zweiter Lesung aufrufe, haben der Oberkirchenrat und der Vorsitzende des Finanzausschusses noch einmal die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, das ist traditionell so, um auf Anfragen und Bemerkungen zu antworten. Wird dies gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann können wir gleich fortfahren.

Nach unserer Geschäftsordnung ist es möglich, dass wir unmittelbar an die erste Lesung die zweite Lesung anschließen.

Deshalb rufe ich in **zweiter Lesung** das Kirchliche Gesetz über den landeskirchlichen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 auf. Wer in zweiter Lesung dem Kirchlichen Gesetz über den landeskirchlichen Haushalt für das Haushaltsjahr 2015 zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. Das scheinen fast alle zu sein. Gibt es Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Eine.

Damit hat die Landessynode das Kirchliche Gesetz über den landeskirchlichen Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen. Sie können nun auf Seite 4 als Datum den heutigen Tag eintragen, 27. November 2014.

Abschließend möchte ich Ihnen, Herr Dr. Kastrup, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Dezernat und da insbesondere Herrn Jakob, der heute nicht anwesend und in Elternzeit ist, sowie Frau Roller ganz herzlich für die sorgfältige und umfangreiche Arbeit danken.

Unser Dank gilt ebenfalls den Geschäftsstellen der einzelnen Dezernate und den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Einrichtungen und Werken für ihre Zuarbeit zu diesem Haushaltsplan. (Beifall)

Mein Dank gilt dem Finanzausschussvorsitzenden, Herrn Fritz, sowie dem zweiten Vorsitzenden Kai Münzing sowie allen Mitgliedern des Finanzausschusses, die sich durch diesen dicken Haushaltsplan durchgearbeitet haben. (Beifall)

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 19: **Strategische Planung**.

Mit den Beratungen zur Strategischen Planung haben Oberkirchenrat, Landesbischof und Synode im Jahr 2012 einen neuen Weg beschritten. Er ist ein Ergebnis der über viele Jahre hinweg immer wieder unter verschiedenen Aspekten beleuchteten Frage, wie kann man gemeinsam Kirche leiten, damit wir die Dinge nicht erst auf dem Tisch haben, wenn sie schon im Haushaltsplan fest sind und die Synode dann sagt, sie hätte doch gerne etwas anderes gehabt.

Deshalb legt uns jetzt der Oberkirchenrat immer das Grundlegende der Strategischen Planung vor. Da geht es jetzt nicht direkt um das nächste Haushaltsjahr, sondern darum, wo sieht der Oberkirchenrat Schwerpunkte, was denkt er für die nächsten Jahre an. Er ist natürlich gespannt, was die Synode dazu sagt. Kann die Synode den Weg mitgehen oder will die Synode gerne andere Schwerpunkte setzen. All dieses können Sie im Folgenden einbringen.

Der Herr Landesbischof wird selbst einen Teil der Planung einbringen, einen Teil Herr Janus in Vertretung von Frau Rupp, die immer noch erkrankt ist.

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Frau Präsidentin, liebe Synodale. Ich möchte nicht einen Teil einbringen, sondern die Strategische Planung nur etwas anmoderieren. Es ist leider so, wie Sie gesagt haben, dass Frau Rupp noch in dieser Woche krank ist, dass sie aber diejenige ist, die natürlich im Zusammenspiel mit dem gesamten Kollegium und auch mit mir federführend diese Strategische Planung zu Papier gebracht hat.

Herr Kirchenrat Janus, der ja eng mit Frau Rupp gerade in diesen Fragen zusammenarbeitet, wird dann den Text, den Frau Rupp vorbereitet hat, hier vortragen.

Zunächst möchte ich aber doch einige wenige Verbesserungsvorschläge machen, auch aufgrund dessen, dass manche von Ihnen das erste Mal bei dieser Debatte dabei sind. Ich habe noch einen Redebeitrag im Ohr, der vor

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

zwei Tagen durch Herrn Geiger gemacht wurde; da ging es um die Kürze strategischer Ziele.

Da erinnere ich mich ein bisschen an die Steuerdebatte in Deutschland, wo es immer darum ging, dass die Steuerrichtlinien auf einen Bierdeckel passen müssten. Frau Prälatin Wulz hat gestern etwas scherzhaft gesagt: Es geht auf einen Bierdeckel, wenn man es auf einen Chip lädt. Aber Scherz beiseite. Es geht darum: Wie komplex oder wie einfach müssen Strategische Planungen sein? Manche plädieren dann dafür, dass wir kurze schnelle Sätze und Visionen formulieren. Das haben wir in den vergangenen Jahren gemacht. Sie erinnern sich vielleicht noch an meine Bischofsworte im Jahr 2010, wo wir Bilder entwickelt haben, die die Arbeit zu Lebensfeldern von Kirche hier in Württemberg und weltweit zeichnen sollten. Doch letztlich kann es bei diesem Prozess nur darum gehen, Frau Präsidentin hat es gesagt, diese Visionen, diese Strategien so zusammenzubinden, dass sie wirklich zu einem Steuerungsmoment und -element für unsere Kirche werden, und zwar im Sinne einer Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung. Hier kann es nur darum gehen, dass Synode, Oberkirchenrat und Bischof es zusammenführen, um ein Einverständnis zu bekommen.

Es wurde in diesem Beitrag, ich darf noch einmal Herrn Geiger zitieren, auf das EKD-Papier „Kirche der Zukunft“ verwiesen. Hier will ich Ihnen ein Problem nennen. Es kann nicht darum gehen, einige wenige schick darnieder geschriebene Sätze zu reproduzieren. Z. B. hat die EKD damals den sehr steilen Satz formuliert: Wachsen gegen den Trend. Das klingt gut und sollte auch motivieren, dass Kolleginnen und Kollegen oder alle, die in dieser Kirche Verantwortung tragen, Dinge nicht einfach nur Hinnehmen, sondern Fantasie entwickeln. Gleichzeitig ist ein solcher Satz insofern gefährlich, weil er dann bei denjenigen Versagensgefühle hervorruft in unserer Kirche, wenn dieses Wachsen gegen den Trend eben nicht eintritt, wenn wir auch bei der neuen KMU sehen, dass die Außenbedingungen in unserer Gesellschaft nun einmal so sind, wie sie sind. Ich finde, deswegen muss man sehr aufpassen bei wohlfeilen Leitsätzen, dass sie dann auch in irgendeiner Weise in die Wirklichkeit und in die Steuerungsmöglichkeit unserer Landeskirche hinein zu übersetzen sind.

Eine weitere Bemerkung zur Vision von Kirche gehört für mich auch dazu, und zwar so, wie in der Confessio Augustana beschrieben: Kirche ist, wo sich Menschen versammeln und das Sakrament dargereicht bekommen.

Also: strategische Prozesse sind hoch komplex, wie wir gleich hören werden. Megatrends, einzelne Horizontentwicklungen, die wir sehen, mittelfristige Planungen, die wir haben, Personalplanungen in unserer Kirche. Bilder und Zielvorstellungen sind so zusammenzuführen, dass sie handhabbar und in einer Weise auch gestaltbar sind. Es gehört für mich zur strategischen Arbeit dazu, dass wir zwar Zielvorstellungen, Bilder, Visionen entwickeln, dann aber auch wissen, wie wir diese Strecke bebauen, damit wir dort hinkommen. Noch einmal: Dieser Beitrag heute dient als Baustein im Zusammenwirken von Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung. Dem dient die Diskussion.

Jetzt bitte ich Herrn Janus, das vorzutragen, was Frau Rupp niedergeschrieben hat. Dann ist es, glaube ich, Zeit

für eine Aussprache, damit wir weiterkommen auf diesem Weg. (Beifall)

Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Synode! Zunächst die herzlichsten Grüße von Frau Rupp. Wir haben heute Morgen noch kurz telefoniert. Sie lässt Sie herzlich grüßen.

Der Bericht des Oberkirchenrats zur Strategischen Planung steht in diesem Jahr unter der Überschrift: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg als zivilgesellschaftliche Größe und kompetente Kraft für christlichen Glauben, Menschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Im ersten Abschnitt sollen in aller Kürze, vor allem für die neuen Mitglieder der 15. Landessynode, die Grundzüge der Strategischen Planung beschrieben werden. Danach werde ich Beobachtungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen ansprechen, diese in einem dritten Teil in Beziehung stellen zur Vision Kirche 2030 und Ihnen dann in einem vierten Abschnitt die auf dem Strategiekonvent erarbeiteten inhaltlichen Schwerpunktsetzungen vorstellen.

I. Grundzüge der Strategischen Planung

Bei der Einführungsstagung in Bad Boll hat der Oberkirchenrat das sogenannte Rollenpapier „Zusammenwirken der Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung“ vorgestellt.

Das sogenannte Rollenpapier „Zusammenwirken der Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung“ entstand im Kontext der Kürzungsüberlegungen AG Zukunft in den Jahren 2010 bis 2012. Darin werden entsprechend des Kirchenverfassungsgesetzes Funktion und Aufgaben der verschiedenen kirchenleitenden Organe, Landesbischof, Landessynode und Oberkirchenrat beschrieben.

Darauf nehme ich Bezug und will die Grundzüge der Strategischen Planung mit den drei Elementen Vision, Strategie und Prozess beschreiben.

1. Die Vision:

Die Strategische Planung blickt auf das Zielbild, die Vision. Unter Vision verstehen wir ein lebendiges, positives Bild unserer Kirche in der Zukunft. Die Vision soll Mitarbeitende und Mitglieder motivieren. Sie nimmt die übergeordneten Ziele auf und zeigt die Richtung, an der sich einzelne Maßnahmen orientieren.

Die Vision entsteht im Aufsehen auf Jesus Christus und im Hören auf Gottes Wort, in der Besinnung auf den gegebenen Auftrag und in Offenheit für Neues sowie unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Veränderungen.

Die Vision für unsere Kirche steht unter die Überschrift: Jesus Christus gestern, heute und derselbe in Ewigkeit. Damit ist der bleibende Grund für die Kirche benannt mit dem Auftrag, das Evangelium in Wort und Tat aller Welt zu verkündigen.

Die Vision beginnt nicht ohne Grund mit Aussagen zum Handlungsfeld Gottesdienst. Dass das Thema Gottesdienst so exponiert am Anfang der Vision genannt ist, verdeutlicht, dass Kirche aus dem Gottesdienst, nämlich

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

dem Dienst Gottes an uns, lebt und dass wir in der Feier des Gottesdienstes darauf antworten. Und dies hat Auswirkungen in den Alltag hinein.

2. Die Strategie

Die Strategie steht für ein zielorientiertes, ganzheitliches Vorgehen und ein langfristiges Planen. Dieses Planen zeigt sich im Plan für die kirchliche Arbeit, in den allgemeinen Leistungsbeschreibungen und in den strategischen Zielen.

In den allgemeinen Leistungsbeschreibungen werden die dauerhaften Aufgaben beschrieben. Die strategischen Ziele beschreiben die darüber hinaus gehenden längerfristigen Schwerpunkte kirchlichen Handelns. Die Mittelfristplanung hat die Aufgabe, aus der Strategischen Planung die Schwerpunktsetzungen in Maßnahmen, Kostenschätzungen i.S.d. Grobplanung, für den anstehenden Fünfjahreszeitraum bezogen auf die Aufgabenbereiche herunterzubrechen.

Für Kirche und Gesellschaft wird so deutlich, wie und durch welche Maßnahmen im Blick auf die Vision die Ziele erreicht werden sollen.

3. Der Prozess

Mit dem gemeinsamen Nachdenken über die Strategische Planung in unserer Landeskirche, ein Baustein ist der heutige Tagesordnungspunkt, wird dem Anliegen des „Zusammenwirkens der Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung“ Ausdruck und Gestalt gegeben.

Die Strategische Planung ist Teil eines Verständigungsprozesses und selbst auf Verständigung angelegt.

Es ist ein jährlicher Regelprozess aus Evaluieren, Analysieren, ggf. Nachjustieren und sich neu Verständigen. Wir stehen mit diesem Bericht des Oberkirchenrats und den Beratungen in der Synode am Beginn dieses jährlichen Prozesses. Weiter beteiligt und eingebunden sind Sie als Synodale u. a. über die Beratung in den Geschäftsausschüssen, als Dekaninnen und Dekane über Sprengelkonferenzen sowie die Einrichtungen, Dienste und Werke über die Dezernate im Oberkirchenrat.

Zum Prozess der Verständigung gehört dabei immer auch, verschiedene Vorstellungen von Kirche-Sein miteinander ins Gespräch zu bringen und für die gemeinsame Strategie abzuwägen. In diesem Miteinander-Unterwegs-Sein entwickelt sich die gemeinsame Strategie in Austausch, Dialog und in der Verständigung, die in Jesus Christus ihre Mitte hat.

Damit komme ich zum zweiten Abschnitt:

II. Drei sich verstärkende Tendenzen in einem vergleichsweise guten Umfeld

Drei sich aktuell verstärkende Tendenzen möchte ich ansprechen, die wir auf dem Strategiekonvent diskutiert haben. Zwischen diesen und Kirche gibt es Wechselwirkungen, bis hinein in harte finanzielle Konsequenzen. Abschließend nehme ich dann noch Bezug auf die Bertelsmann-Studie aus diesem Jahr „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“.

1. Veränderte Wahrnehmung von Religion in der Gesellschaft

Auffallende Indikatoren für eine veränderte Wahrnehmung von Religion bzw. Kirche in der Gesellschaft sind die zurückgehende Akzeptanz der Kirchensteuer, die Zunahme von laizistischen Tendenzen und der Islamismus.

a. Akzeptanz der Kirchensteuer

Seit einigen Monaten informieren die Banken und Versicherungen ihre Kunden über eine neue Verfahrensregelung zur Erhebung der Kirchensteuer auf Kapitalerträge (Abgeltungsteuer). Dies hat nachweislich zu erheblicher Verunsicherung geführt und leider auch zu einer deutlichen Zunahme an Kirchaustritten.

Darauf haben wir gegenüber den Mitgliedern, den Pfarrämtern und der Öffentlichkeit mit verschiedenen Informationen reagiert, zuletzt mit dem Flyer „Kapitalerträge und Kirchensteuer“. Signifikant ist, dass ein neues Verfahren in der Wahrnehmung, ob aus Unkenntnis oder nicht, als neue Steuer wahrgenommen wird.

Dass die Kirchensteuer als Beitragssystem eine gerechte Lösung darstellt, weil die finanzielle Beteiligung der Mitglieder sich gleichmäßig an deren Leistungsfähigkeit orientiert, scheint für eine breite Masse leider immer weniger selbstverständlich zu sein. Dass Gerechtigkeit, was ein grundlegend christlicher Wert ist, auch verlangt, dass alle Einkünfte gleich besteuert werden, versteht sich heute nicht mehr von selbst.

Sehr deutlich geworden ist in den letzten Wochen, wie sehr wir alle nicht nur Öffentlichkeits-, sondern vor allem auch Überzeugungsarbeit leisten müssen: Gegenüber den Mitgliedern wie auch im Gespräch mit denen, die ausgetreten sind.

Mit der Kirchensteuer leistet jede und jeder einen wichtigen Beitrag dafür, dass Kirche Menschen auf ihrem Lebensweg begleiten kann, dass christlicher Glaube miteinander gelebt und weitergegeben wird. Dies geschieht in Gottesdiensten, Jungscharen, Konfirmandenclubs ebenso wie im Religionsunterricht und in vielfältigen Unterstützungen im diakonischen Bereich.

b. Laizistische Tendenzen

Hier nur ein Beispiel hier aus Stuttgart: Die Evangelische Gesellschaft (Eva) sowie die Caritas hatten die Zustimmung zur Rahmenvereinbarung für den Betrieb von Ganztagesgrundschulen verweigert.

Auslöser des Streits war ein Satz in der Präambel, den sie zu Recht nicht bereit waren zu akzeptieren. Dort heißt es: Die „weltanschauliche Neutralität für den Träger und sein Personal“ sei eine „unabdingbare Voraussetzung“ für die Arbeit in einer Ganztagsgrundschule. Dass das Schulgesetz von den kirchlichen Trägern akzeptiert wird, ist genauso selbstverständlich wie der Sachverhalt, dass die Evangelische Kirche nicht weltanschaulich neutral sein kann.

Erst vor wenigen Tagen hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss die verfassungsrechtliche Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts von Kirche auch im Arbeitsrecht bestätigt, so im Urteil zur Verfassungsbeschwerde der Katholischen Kirche gegen das Urteil des BAG über die Rechtswidrigkeit der Kündigung eines katholischen Chefarztes.

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

Hier im Gemeinderat in Stuttgart hatte der Verwaltungsausschuss dadurch den Weg frei gemacht, dass der Satz über die unabdingbare Voraussetzung der weltanschaulichen Neutralität aus der Präambel ersatzlos gestrichen wurde.

Dies nur ein Beispiel dafür, dass Einsichten und Überzeugungen in manchen gesellschaftlichen Kreisen, die bisher selbstverständlich waren, brüchig werden.

c. Islamismus

Mit den unvorstellbaren Gräueltaten des IS sieht sich die Welt einer massiven Bedrohung von menschlichen Grund- und Freiheitswerten gegenüber, die noch vor kurzem undenkbar erschien. Deutschland ist davon viel stärker betroffen, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Sollten der Nahe und der Mittlere Osten weiter und dauerhaft destabilisiert werden, hätte das weitreichende Auswirkungen auf Sicherheit und Wohlstand in Europa. Hunderte Islamisten sind aus Deutschland nach Syrien und in den Irak gezogen, um sich an Barbarei und Völkermord zu beteiligen. Wer weiß, wie viele von ihnen zurückkehren, enthemmt, enturzelt, junge Menschen, denen Humanität und Respekt vor dem Leben und den Rechten anderer abhandengekommen sind?

Was bedeutet dies für uns als Evangelische Landeskirche? Für die christlich-islamischen Gespräche? Fragen, denen wir uns stellen müssen.

2. Globalisierung

Die Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, aus Eritrea und anderen Krisenregionen dieser Welt sind das Gesicht der Globalisierung.

Der Andrang der Hilfesuchenden wird nicht nachlassen. Sie würdig unterzubringen, ist Aufgabe eines modernen Europas und ist, nach dem biblischen Auftrag, auch unsere Aufgabe als Kirche.

Nichts spricht dafür, dass dieser Andrang in absehbarer Zeit wieder nachlässt. Denn jetzt geht es nicht um ein kleines Land auf dem Balkan, das nach blutigen Kriegen in noch kleinere Länder zerfällt, um dann von der EU mit hohem Aufwand stabilisiert zu werden. Diesmal gehen die Flüchtlingsströme von einer Region aus, die weit größer ist als Europa. Arabien, Persien und Teile Schwarzafrikas befinden sich in einem Umbruch, der Jahrzehnte dauern kann. Äußerst unwahrscheinlich ist leider, dass dieser Prozess ohne immer neue Kriege, Bürgerkriege und immer neue Unterdrückung auskommt.

Was bedeutet es für uns in Baden-Württemberg, wenn von nun an, vermutlich für sehr lange Zeit, Flüchtlinge ihren Weg zu uns suchen und finden werden?

Landesbischof July hat ein Bündnis für Flüchtlinge angeregt, in dem sich alle politischen Ebenen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Institutionen, aber z. B. auch Wirtschaft und Vereine mit einem doppelten Ziel zusammenschließen: zum einen, den zu uns kommenden Frauen, Männern und Kindern das zur Verfügung zu stellen, was sie für eine Teilhabe an unserer Gesellschaft brauchen und zum andern, die bereits existierende Willkommenskultur in unserer Gesellschaft abzusichern und auszubauen.

Dass sich Menschen nach ihrer Flucht vor Unterdrückung, Verfolgung, Gewalt und Todesgefahr bei uns

sicher und angenommen fühlen, dazu kann dieses Bündnis für Flüchtlinge einen wesentlichen Beitrag leisten.

In wenigen Stichworten will ich die Schwerpunkte des Maßnahmenpakets unserer Landeskirche zur Unterstützung der Flüchtlinge benennen: Handreichung für Kirchengemeinden und Unterstützung von Kirchengemeinden bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, Ausweitung der Beratung für traumatisierte Flüchtlinge, Einrichtung eines Fonds für Projekte in Kirchengemeinden, Unterstützung Diakonie Katastrophenhilfe.

Ich danke allen Beteiligten, dass sehr kurzfristig und unkompliziert Absprachen möglich waren und so auch die Finanzierung konkreter Hilfsmaßnahmen in die Wege geleitet werden konnte.

3. Demografische Veränderungen

Nur einige Schlaglichter: Die Wanderungsbewegungen gehen vor allem in die verstädterten und ökonomisch starken Räume, insbesondere die Großstädte. Die ländlichen Räume verlieren. Deshalb prägen dort geringe Kinderzahlen, mehr Sterbefälle als Geburten und die Abwanderung qualifizierter junger Menschen die demografische Entwicklung.

Hinzu kommen vielfach noch ökonomische Faktoren. So führt z. B. die fehlende Nachfrage am Immobilienmarkt auch zu einem Werteverfall.

Tiefgreifende Veränderungen im Alltag zeichnen sich ab, weil das Angebot an Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausgedünnt wird oder die Kosten für ihre Nutzung steigen: Es umfasst die vorschulische Betreuung und Bildung in Kindergärten und Kitas, das Lernen in den unterschiedlichen Schulformen, verschiedene Bereiche des Gesundheitswesens, die öffentliche Sicherheit mit Polizei, Feuerwehr und Rettungswesen, die grundlegenden Infrastrukturen mit Nahversorgung und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sowie nicht zuletzt das Angebot an Dorfgemeinschaftshäusern und Sportanlagen.

Auch bei den kirchlichen Mitarbeitenden macht sich die demografische Entwicklung zunehmend bemerkbar. Geeignete Mitarbeitende zu finden, wird regional immer schwieriger, Mitarbeitende an die Kirche als einen attraktiven Arbeitgeber zu binden, ist eine der Herausforderungen.

Dass nach dem Schließen der örtlichen Verwaltung, von Bäcker und Bank nun auch noch im Pfarrhaus der Schlüssel herumgedreht wird und der Pfarrer, die Pfarrerin wegzuziehen droht, ist eine der Ängste und Sorgen der Menschen vor Ort. Auch diesen demografischen Veränderungen müssen und wollen wir uns stellen.

4. Bertelsmann-Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“

Einen Teilaspekt des demografischen Wandels hat die Bertelsmann-Stiftung mit dem „Radar gesellschaftlichen Zusammenhalts“ untersucht. Diese Untersuchung macht deutlich, dass wir hier in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern gute bis sehr gute Rahmenbedingungen haben, um mit diesen gesellschaftlichen Veränderungen umzugehen.

Die wichtigste Gesichtspunkt der knapp 100-seitigen Untersuchung will ich kurz skizzieren: Der Gemeinsinn ist

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewachsen. Neben den Stadtstaaten schneiden Baden-Württemberg, Bayern und das Saarland überdurchschnittlich gut ab. In Bundesländern mit ausgeprägtem Zusammenhalt haben die Menschen ein erkennbar höheres subjektives Wohlbefinden, das sich z. B. in der Lebenszufriedenheit ausdrückt. Zusammengefasst: Je höher das Bruttoinlandsprodukt eines Bundeslandes, je niedriger das Armutsrisiko, je urbaner das Wohnumfeld und je jünger die Bevölkerung, desto höher der Zusammenhalt.

Zuwanderern begegnen viele Deutsche nach wie vor mit großer Skepsis. Zwar zeigen sie sich zunehmend offener für ein gesellschaftspolitisches Engagement von Ausländern, allerdings akzeptieren sie immer seltener, wenn diese in Deutschland ihren traditionellen Lebensstil pflegen. Diese nachlassende Akzeptanz von kultureller Vielfalt erscheint unbegründet, denn die Studie zeigt: In den Bundesländern mit den höchsten Ausländeranteilen halten die Bürger am engsten zusammen.

Mit ihrer Analyse, welche Einflussgrößen entscheidend sind für den Grad des Zusammenhalts in einer Gesellschaft, liefert die Studie auch Erklärungen, warum die ostdeutschen Länder den Abstand zu Westdeutschland noch nicht verringern konnten.

Damit bestätigt die Studie: Wirtschaftskraft und Wohlstand sind für das innere Gefüge einer Gesellschaft förderlich. Der innerdeutsche Vergleich zeigt nun zusätzlich, dass auch ein städtisches Umfeld und eine positive demografische Entwicklung helfen, eine Gesellschaft zusammenzuhalten.

III. Vision Kirche 2030 – drei Bezugspunkte der Strategischen Planung

Die Strategische Planung, jeder Plan für die kirchliche Arbeit wie unser Handeln insgesamt geht vom Auftrag aus. Im Rollenpapier „Kirchenleitung in gemeinsamer Verantwortung“ haben wir es so formuliert: „Die Kirche hat ihren Auftrag von Jesus Christus, dem Herrn der Kirche.“

Dieser Auftrag, das Evangelium in Wort und Tat aller Welt zu verkündigen, ist Basis und Ausgangspunkt der Vision Kirche 2030 mit ihren zehn Handlungsfeldern. Auf drei Kernaussagen der Vision nimmt der Bericht Bezug, die auf der Folie der eben geschilderten gesellschaftlichen Veränderungen für den Strategiekonvent des Oberkirchenrats von Bedeutung waren.

1. Im siebten Handlungsfeld heißt es:

„Wir sind Kirche Jesus Christi, die als Evangelische Landeskirche in Württemberg Volkskirche ist.“

In der Erläuterung ist dies so beschrieben:

„Als Volkskirche sind wir eine zivilgesellschaftliche Kraft und eine lebens- und wohnortsnahe Kirche, die zum Glauben einlädt.“

Wir sind Volkskirche: Entsprechend dem Auftrag: „Gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker“ (Mt 28, 19) sind wir an die gesamte Gesellschaft gewiesen. Dass wir Volkskirche sind heißt auch, dass das Evangelium öffentlich verkündigt wird.

Volkskirche zeigt sich des Weiteren darin, dass unsere Landeskirche in Württemberg nach wie vor eine der Insti-

tutionen in unserer Gesellschaft ist, zu der Menschen aller Schichten, Milieus, Kulturen und Frömmigkeitsrichtungen gehören. Wir leben Gemeinde in Einheit und Vielfalt und gestalten Kirche in verschiedenen Bindungs- und Beteiligungsformen. Ein bestimmtes Mitgliedschaftsverhalten wird nicht zum Maßstab der Zugehörigkeit gemacht. Wir treten vielmehr dafür ein, die Unterschiedlichkeiten als Chance und Bereicherung für unsere Kirche zu sehen.

Drei Beobachtungen:

a. Zwar ist nach der Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) nüchtern zu konstatieren, dass eine zunehmende Indifferenz bei Kirchenmitgliedern zu Abschmelzungsprozessen führt. Zum anderen zeigen aber die Ergebnisse der Studie das vielfältige und überdurchschnittliche Engagement von Kirchenmitgliedern und damit Potenziale, die für die zukünftigen Entwicklungen der Kirche fruchtbar sein können. Der Anteil evangelischer Kirchenmitglieder, die sich ihrer Kirche stark verbunden fühlen, ist, bei einer Polarisierung der Mitglieder im Blick auf ihre Kirchenverbundenheit zwischen den beiden Polen Engagement und Indifferenz, gestiegen. Und drei von vier Evangelischen schließen laut der Untersuchung einen Austritt kategorisch aus. Damit ist die Bereitschaft zum Kirchenaustritt im Vergleich zu 1992 und 2002 in allen Altersgruppen deutlich gesunken.

b. Kirche wird vor allem vor Ort in den Kirchengemeinden erlebt. Signifikant ist, dass die Wahrnehmung der Kirche dabei wesentlich von einer zuverlässigen, seelsorgerlich sensiblen und theologisch kompetenten Begleitung in Krisensituationen vor allem bei Kasualien bestimmt wird. Kasualien sind, wie wir es an anderer Stelle in der Vision Kirche 2030 aufgenommen haben, wesentliche missionarische Gelegenheiten und deshalb für die Zukunft der Volkskirche ein bedeutender Faktor.

Die Ergebnisse aus der KMU V machen deutlich, wie wichtig auch für die Zukunft Pfarrerinnen und Pfarrer sind, die authentisch und zugewandt wahrgenommen werden, auf den christlichen Glauben ansprechbar sind und dabei zugleich die Beteiligungsmöglichkeiten von Ehrenamtlichen zu fördern wissen.

c. Neben der Begleitung der Menschen an den Wendepunkten des Lebens finden sich drei weitere Erwartungen, die für die Wahrnehmung von Kirche entscheidend sind: Die Zuwendung zu Menschen in persönlichen oder sozialen Notlagen wie z. B. die Betreuung von Alten, Kranken und Behinderten sowie die Anwaltschaft für Menschen in Not. Drittens die Erwartung, dass die christliche Botschaft verkündigt wird, Gottesdienste gefeiert und Raum für Gebet, Stille und Meditation angeboten wird.

Nicht nur die KMU V, sondern vor allem auch die im Sommer 2014 vorgelegte Statistik zur Jugendarbeit belegen, dass Glaube und Religion vor allem eine Sache des sozialen Nahbereichs ist. So ist für die spätere Kirchenbindung die Sozialisation in Kindheit und Jugend der entscheidende Faktor.

2. Die Zuwendung zu denen, die in Not sind und Hilfe brauchen, ist der zweite Bezugspunkt zur Vision Kirche 2030. Ich rede vom diakonischen Handeln; dies im Besonderen angesichts der von Krieg und Elend betroffenen Flüchtlinge, die zu uns kommen.

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

In der Vision Kirche 2030 haben wir als Erläuterung zum Handlungsfeld Diakonie formuliert:

„Gottes Liebe begründet die Würde des Menschen und weckt in uns die Leidenschaft für den Einzelnen. Jeder Form von Fremdenfeindlichkeit, Hass und Gewalt wehren wir und helfen Menschen, bei uns Heimat zu finden.“

Die vorausgehende Diakonie Gottes an allen Menschen befähigt die Glaubenden zur nachfolgenden Diakonie für andere. Nur wer zuerst Empfangender ist, kann Gebender werden.

Dass wir beten, das Gerechte tun und auf Gottes Zeit warten: Dies zusammen macht nach Dietrich Bonhoeffer das Christsein aus. Das Beten führt in das Tun des Gerechten; und wo Gerechtigkeit geschieht, ereignet sich ein Vorschein der Zeit Gottes, auf die wir warten.

Kirche Jesu Christi ist von Anfang an diakonische Kirche. Heute hat diese Dimension, auch wegen ihres großen institutionellen Ausbaus, eine herausgehobene Wahrnehmung. Interessiert an Kirche sind Menschen in unserer Gesellschaft oft in allererster Linie, weil sie neugierig sind auf helfenden Glauben, weil sie Zutrauen haben zu einer helfenden Kirche.

Im Sinne des Alleinstellungsmerkmals christlicher Diakonie geht es darum, das unverwechselbar Eigene der kirchlichen Liebestätigkeit herauszustellen. Die Sprachfähigkeit über den christlichen Glauben und die geistliche Beheimatung der Mitarbeitenden sind für diese Profilierung einer evangelischen Diakonie die entscheidenden Faktoren.

3. Der dritte Bezugspunkt zur Vision Kirche 2030 ist das Handlungsfeld Bildung. Im Bericht 2013 hat der Oberkirchenrat vor allem mit dem Masterplan Reformationjubiläum darauf Bezug genommen. Damit soll auch deutlich werden, wie wir in reformatorischer Tradition den Bildungsauftrag wahrnehmen und mit evangelischem Profil am gesellschaftlichen Erziehungs- und Bildungsauftrag mitwirken.

„In sich verändernden Lebensbedingungen suchen wir nach tragfähigen Antworten und nehmen zu gesellschaftlichen Fragen konkret und kritisch Stellung und bieten Orientierung an.“

Dies war eine der Erläuterungen zu diesem Handlungsfeld. Wie aktuell die Herausforderungen sind, zeigt u. a. die Debatte um die Sterbehilfe. Derartige Herausforderungen hat die Strategische Planung in der Analyse gesellschaftlicher Phänomene und Veränderungen wahrzunehmen und sich dazu zu verhalten. Die Vision Kirche 2030 macht deutlich, in welchen Handlungsfeldern wir uns als Kirche für den Umgang mit den großen gesellschaftlichen Zukunftsfragen und für die Beantwortung persönlicher Existenzfragen positionieren wollen.

Es ist keine neue Erkenntnis: Wir leben heute nicht mehr in einer einheitlich strukturierten Lebenswelt. Das, was als modern gilt, ist selbst einem Prozess der andauernden Entwertung unterworfen. Erneuerung ist der Imperativ. Die zunehmende Beschleunigung des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens – insbesondere die Umgestaltungen des Arbeitslebens – verändert immer schneller und massiver die traditionellen kulturellen Muster der Lebensführung. Es herrscht fortwährender Verän-

derungs- und Handlungsbedarf. Beschleunigung und Unübersichtlichkeit und deren unaufhaltsame Zunahme sind die auffälligsten Merkmale dieses Prozesses. Dies führt u. a. zu Sinn- und Orientierungsverlusten – und den entsprechenden individuellen und gesellschaftlichen Suchbewegungen.

Orientierung ist darum heute ungemein wichtig geworden. Nicht eine Orientierungskrise, sondern die Normalität eines hohen, stetig wachsenden Orientierungsbedarfs ohne vermeintlich stabile Orientierungswerte ist darum gegenwärtig zentraler Ausgangspunkt von Bildungsarbeit.

Tragfähige Antworten sind gefragt, damit nicht ohne eine Orientierung an Werten die sich immer schneller ändernde Lebenswirklichkeit mit ihrer Fülle stets neu verfügbaren Wissens zu einer Welt ohne Richtung und ohne Ziel wird. Wir wollen als Kirche auch Orientierung bieten, damit unsere Gesellschaft nicht ihr menschliches Maß verliert.

IV. Strategische Schwerpunktsetzungen – konkretisiert aus der eben vorgetragenen Vision Kirche 2030

Vorausschicken will ich Zweierlei.

Beim Thema Dauerfinanzierungen ist der Oberkirchenrat an guten Lösungen interessiert, dazu dienen auch die Gespräche mit dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Finanzausschusses. Große Projekte wie die Zukunft des Rechnungswesens, das Strukturprojekt, die Einführung des Dokumentenmanagementsystems im Oberkirchenrat, der Kirchentag 2015 in Stuttgart und das Reformationsjubiläum haben Priorität und damit sind wir auch in den nächsten Jahren gut beschäftigt. Daraus erwächst auch eine gewisse Zurückhaltung neuen Maßnahmen gegenüber, unabhängig von der konkreten Ausgestaltung zum Thema Dauerfinanzierung, auf die man sich verständigt. Hinzukommt, dass es für jede neue Dauerfinanzierung zunächst eine Verständigung über eine nachhaltige Gegenfinanzierung braucht.

Zum zweiten: Das Kollegium des Oberkirchenrats hat sich auf dem Strategiekonvent den Stand der im letzten Jahr begonnenen Maßnahmen genauer angesehen. Dabei konnte festgehalten werden, dass die begonnenen Aktivitäten gut im Plan sind und es für diese keinen finanziellen Nachsteuerungsbedarf gibt.

Im Einzelnen sind dies: Gesundheitsförderung Pfarrdienst, Werbung Pfarrdienst, Restaurierung Kirchenbücher, Jahresempfang und Öffentlichkeitsveranstaltungen der Landeskirche, Zukunft Finanzwesen, zentrales Kirchenbuch, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Grundschutz, Projekt „Strukturen“ (Pfarrplan, Immobilien, Strukturen), Optimierung Fonds- und Risikomanagement DWW, Internetbasierte Kommunikation, Jenaplan-Schule Mössingen, Pflegestudiengang an der Evang. Hochschule Ludwigsburg.

Die drei Handlungsfelder in der Vision Kirche 2030, auf die sich der Oberkirchenrat auf dem Hintergrund der Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen und Tendenzen beim Strategiekonvent in besonderer Weise bezogen hat, sind: Volkskirche, Diakonie und Bildung. Dazu will ich Ihnen im Folgenden die strategischen Schwerpunktsetzungen vorstellen.

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

1. Zum Glauben einladende Volkskirche – lebens- und wohnortnah

In Wahrnehmung der Erkenntnisse aus der Statistik Jugend, der KMU V sowie der Milieustudie haben wir besonders in den Blick genommen, dass es wichtig ist, in jungen Jahren den christlichen Glauben im Alltag und mit seiner Alltagsrelevanz zu erfahren und damit eine gute Grundlage für eine kirchliche Bindung zu ermöglichen. In einer pluralen Gesellschaft, in der die Bindungskraft des tradierten Christentums nicht mehr selbstverständlich ist, gewinnt diese Dimension kirchlichen Handelns in den ersten Lebensjahren noch mehr an Bedeutung.

Das heißt im Blick auf die Arbeitsfelder: eine Stärkung der Arbeit in den Kindertagesstätten und Familienzentren, eine Konzentration auf Kinder- und Jugendarbeit, die Konfirmandenzeit sowie den Religionsunterricht. Positive Trends sollen gestärkt werden, wie z. B. offene Kirchenräume, Tauffeste, schulbezogene Jugendarbeit, Kulturangebote, Konzerte, Experimente mit Gemeindeformen wie z. B. fresh X.

Unter der Voraussetzung, dass sich die Unterversorgung bei den Religionspädagoginnen und -pädagogen durch die fortgeschriebene PSP bestätigen sollte, sollen die zusätzlichen Stellen von bisher zwei auf vier erhöht werden. Nach den Berichten des Ausschusses Bildung und Jugend sowie des Finanzausschusses teilen sie diese Einschätzung.

Im Blick auf den Religionsunterricht sollten Möglichkeiten der Flexibilisierung geschaffen u. a. auch das Einrichten von Springerstellen geprüft werden, damit Gemeindepfarrer ihren Dienst in der Schule auch in Zukunft motiviert wahrnehmen können. Dazu gehören auch Urlaubsregelungen außerhalb der Schulferien.

Rolle und Bedeutung von Kindertagesstätten und Familienzentren soll im Kollegium nochmals ausführlicher beraten werden, auch im Blick auf mögliche Konsequenzen und Schwerpunktsetzungen. Die Stabsstelle Visitation haben wir beauftragt, diese Arbeitsfelder in der Auswertung der Visitationsberichte ausdrücklich in den Blick zu nehmen.

Für den Pfarrdienst ist angedacht, zusätzliche Kapazitäten im Pastoralkolleg für die nächsten zehn Jahre zu schaffen und dabei konzeptionell die Anregung von gemischten Gruppen aus Sonder- und Gemeindepfarrdienst mehr als bisher mit aufzunehmen.

Volkskirche sein, das heißt: Wir sind eine Kirche, die auf Menschen zugeht, um sie zum Glauben einzuladen und sie zu einem Leben in Gerechtigkeit und Solidarität zu rufen. Volkskirche sein, das heißt: nahe bei den Menschen und in der Fläche präsent, schlicht: missionarisch zu sein. Das ist so etwas wie eine Zeitansage.

Lebens- und wohnortnah in den ländlichen Räumen zu sein, hat eigene Fragestellungen. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die Überlegungen, die der Oberkirchenrat im Herbst dieses Jahr in den Theologischen Ausschuss unter dem Thema „Kirchliche Präsenz in ländlichen Räumen“ eingebracht hat und die dort beraten worden sind.

Im Strukturausschuss diskutieren wir Formen der Kooperation von Kirchengemeinden in kleineren Orten und im ländlichen Raum. Diese Zusammenarbeit soll sich nicht auf die Bereiche der Verwaltung beschränken, was

auch schon als herausfordernd gesehen werden kann, sondern soll gerade auch darüber hinausgehen.

Mit hinein in die Beratungen im Strukturausschuss spielt auch das Thema Immobilien. Auf dem Strategiekonvent wurde festgehalten, dass es für die energetische Sanierung der Pfarrhäuser weiterer Finanzmittel bedarf. Auch die energetische Sanierung des Dienstgebäudes des Oberkirchenrats sollte mit einer Planungsrate angegangen werden.

2. Diakonische Kirche in Leidenschaft für den Einzelnen

Hier war dem Oberkirchenrat auf dem Strategiekonvent vor allem die Hilfe für die Flüchtlinge ein Anliegen. Wichtig ist dabei, dass es uns gelingt, die Kultur der Gastfreundschaft vor Ort in den Kirchengemeinden und Kirchenbezirken zu leben. Hilfreich ist, in Netzwerken zu denken und die ganz praktischen Fragen der Unterbringung und der Integration in Verbindung mit und zusammen mit den Gemeinden anderer Sprache und Herkunft anzugehen.

Im Blick auf Gesellschaft und Öffentlichkeit geht es auch politisch darum, die guten Nachbarschaften vor Ort in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und auch mit den islamischen Gemeinden ins Bewusstsein zu bringen und dabei das Thema verfolgter Christinnen und Christen wach zu halten.

Für diesen Bereich sind bereits Maßnahmen in die Wege geleitet. Mit dem Beschluss zum Haushalt 2015 haben wir die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe nahezu verdoppelt. Zu den derzeit 2,5 Mio. €, die bisher für diese Arbeit bestimmt sind, kommen weitere 2,15 Mio. €, ein Euro pro Gemeindeglied, hinzu. Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, dass wir die Hilfe für Flüchtlinge als Gemeinschaftsaufgabe verstehen, die von allen mitgetragen wird.

Ein Teil des Geldes soll in die Flüchtlingsarbeit in den Herkunftsländern, der andere Teil in Projekte und Aktivitäten in Württemberg fließen. Flüchtlingsdiakone und Asylpfarrer sind stark gefragt, die Bereitschaft der Kirchengemeinden zur Hilfe ist groß und die Möglichkeiten sind vielfältig.

Über diese Aktivitäten hinaus könnten Kirche und Diakonie Flüchtlinge in Praktika und Freiwilligendienste vermitteln und sie auf dem Weg in den Arbeitsmarkt, in geringfügige Beschäftigung und bürgerschaftliches Engagement begleiten. „Flüchtlinge sollen sich von Anfang an in die Gesellschaft einbringen können. Denn Integration heißt für uns vorrangig Partizipation“, so Oberkirchenrat Kaufmann.

Bereits im Jahr 2013 hatte die Württembergische Landeskirche über die laufenden Ausgaben hinaus zusätzlich 1,4 Mio. € für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Hälfte davon floss in die Arbeit in Württemberg. Unter anderem wurden dabei die Flüchtlingsdiakonate in Heilbronn und Ulm sowie eine Stelle zum Ausbau der psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen geschaffen.

3. Orientierung in reformatorischer Tradition

Mit dem dritten Schwerpunkt, Orientierung in reformatorischer Tradition, haben wir bereits begonnen bzw. sind

(Kirchenrat **Janus**, Hans-Joachim)

wir sozusagen schon mitten drin. Zum einen laufen die Vorbereitung auf den Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart, an einem Tag verbunden mit dem Christustag, auf Hochtouren.

Zum anderen starten wir in 2015 im Rahmen des „Reformationspakets“ u. a. mit dem Ideenwettbewerb und den Tagungen für kirchenleitende Gremien. Vor allem mit dem Ideenwettbewerb, ich erinnere an den Bericht, bringen wir christliche Themen durch unterschiedliche Wettbewerbe in die Öffentlichkeit und damit ins Gespräch und gehen so mit ganz verschiedenen Milieus in einen spannenden Diskurs.

Die weiteren rund 40 Projekte und Maßnahmen des „Reformationspakets“, die von Einrichtungen, Diensten und Werken in den kommenden Jahren umgesetzt werden, bieten eine Fülle von Möglichkeiten zur Begegnung und zum Diskurs.

V. Schlusswort

Die Strategische Planung des Oberkirchenrats hat drei Schwerpunkte:

1. Zum Glauben einladende Volkskirche – lebens- und wohnortnah,
2. Diakonische Kirche in Leidenschaft für den Einzelnen und
3. Orientierung in reformatorischer Tradition.

Mit diesen drei Schwerpunkten wollen wir als Oberkirchenrat den Fokus auf eine öffentliche Bewusstseinsbildung legen und auf die Bedeutung des christlichen Glaubens im persönlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Leben hinweisen.

Wir wollen damit anregen, dass dies allen Ebenen, in den Kirchengemeinden, Kirchenbezirken und der Landeskirche, und in allen Arbeitsfeldern noch bewusster getan und damit ein Beitrag dafür geleistet wird, dass die Evangelische Landeskirche in Württemberg als zivilgesellschaftliche Größe und kompetente Kraft für christlichen Glauben, Menschlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen wird.

Bei allem Engagement sollten wir nicht aus dem Blick verlieren bzw. uns vergegenwärtigen: Trotz großer Kongresse und zahlreicher Maßnahmen ist eine gewisse Ernüchterung im Blick auf das Machbare zu beobachten. Eine Konsequenz daraus ist, dass wir immer wieder mit den uns allen bewussten Grenzen des Machbaren und unseren Begrenzungen umgehen lernen. Dies ist eine Herausforderung an uns selbst und auch an unser Leitungsverständnis.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Der Oberkirchenrat freut sich auf die Aussprache und Ihre Einschätzung zu den gesellschaftlichen Herausforderungen und den von ihm angedachten strategischen Schwerpunktsetzungen. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Janus, für die Einbringung der Rede von Frau Rupp. Ich bitte Sie, Frau Rupp mitzuteilen, dass wir ihr gute Genesung wünschen und hoffen, dass sie bald wieder dabei sein kann.

Kirchenrat Janus, Hans-Joachim: Das sage ich ihr gerne. Danke.

Präsidentin Schneider, Inge: Bevor ich die Sitzung nun unterbreche, möchte ich Herrn Baur die Gelegenheit geben, kurz etwas Aktuelles zu ergänzen.

Oberkirchenrat **Baur**, Werner: Frau Präsidentin, Hohe Synode! Es handelt sich um eine aktuelle Ergänzung zu dem Stichwort laizistischer Tendenzen. Dazu wurde etwas ausgeführt, und wir beobachten sie zunehmend in unserer Gesellschaft. Allerdings gibt es inzwischen eine Positionierung der Regierung, die ein anderes Signal setzt.

Montag früh hat mich Minister Stoch angerufen. Wir stehen mit dem Kultusministerium gerade in, auch harten, Verhandlungen zu dem Thema der weltanschaulichen Neutralität im Kontext der Ganztageschule. Er hat mir ausdrücklich versichert, dass er diese Formulierung herausnehmen will; ein Verweis auf das Schulgesetz solle genügen, um kirchlichem Engagement im Ganztageschulbereich Raum zu geben. Das ist sein bewusster Wille.

Er hat auch dezidiert darauf hingewiesen, dass er nicht will, dass bei uns laizistische Denkmodelle Raum greifen. Darüber sind wir froh. Ich darf an dieser Stelle Herrn Wahl, unserem Landessynodalen und Landtagsabgeordneten, herzlich für sein Engagement danken. Übrigens hat sich auch der Landeselternbeirat an dieser Stelle ganz klar positioniert: Sie wollen auch kirchliches Engagement im Kontext der Schule. Hier geht es um mehr als um Schule, hier geht es um das Zusammenspiel und das Zusammenwirken des sozialen Umfelds, das für Kinder entscheidend wichtig ist. Dazu gehört auch Kirche. Wir sind Teil des Gemeinwesens. Da tragen wir Verantwortung, auch für die Kinder und Jugendlichen.

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank für diese erfreuliche Information. Ich unterbreche jetzt die Sitzung für eine halbe Stunde Beratungspause.

(Unterbrechung der Sitzung von 11:00 bis 11:34 Uhr)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Liebe Synodale, Hohe Synode! Ich darf die Sitzung wieder aufnehmen. Zunächst eine Information aufgrund vieler Nachfragen: Der stellvertretende Präsident ist erkrankt und kann seit gestern Nachmittag an der Sitzung nicht teilnehmen und er wird auch heute nicht hier sein. Wir überbringen ihm von hier aus Genesungswünsche und grüßen ihn sehr herzlich.

Dann darf ich Tagesordnungspunkt 13: **Bericht über Verfolgungssituationen im Irak, Syrien und anderen aktuellen Krisengebieten/ Bericht Flüchtlingsarbeit**, aufrufen. Hier steht noch ein Antrag an zur Beratung und Abstimmung in Sachen Resolution für Flüchtlinge. Ich frage Frau Dangelmaier-Vinçon, ob der zur Beratung vorgelegte Antrag noch Bestand hat.

Dangelmaier-Vinçon, Elke: Ich bringe den Änderungsantrag Nr. 51a/14 ein:

Die Landessynode möge beschließen:

Die Württembergische Landessynode blickt mit großer Sorge auf den seit Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien und im Nordirak, der großes Leid über viele Menschen bringt.

Menschen leiden, werden vertrieben oder getötet. Doch eine schnelle, eindeutige Lösung ist nicht in Sicht. Beides, Eingreifen oder nicht Eingreifen, bedeutet, schuldig zu werden und weitere Opfer hinzunehmen.

Im Wissen um diese Spannung appelliert die Landessynode dennoch an die Verantwortlichen in Politik und Kirche, alles zu tun, damit Flüchtlinge Aufnahme finden und in Sicherheit leben können. Sie dankt allen, die sich für Flüchtlinge und Kriegsoffer einsetzen. Der Schutz des Lebens und die Versorgung der Flüchtlinge haben höchste Priorität.

Wir beten um Frieden und Schutz für die Opfer von Krieg und Gewalt und um Weisheit für die Verantwortlichen.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank für die Einbringung dieses Änderungsantrags. Es war ausgemacht, dass dieser Antrag auch in den Gesprächskreisen diskutiert wird. Ich frage die Gesprächskreisleitungen, ob wir Signale aus den einzelnen Gesprächskreisen bekommen.

Jahn, Siegfried: Herr Präsident, verehrte Synode! Wir haben den Entwurf der Resolution miteinander beraten und sind zu der Überzeugung gekommen, dass es gut wäre, wenn in der derzeitigen Situation der in der Resolution genannten Länder auch eine Botschaft von der Synode ausginge. Wir haben in diesen Tagen sehr viel über die Situation der Flüchtlinge und der Integration von Flüchtlingen in unseren Gemeinden gesprochen. Wir unterstützen deshalb den Wortlaut dieses Entwurfs und freuen uns, dass er von vielen anderen mitgetragen wird.

Ich danke noch einmal für die Abstimmung über alle Gesprächskreise hinweg und finde, dass da ein starkes Zeichen von der Synode ausgehen sollte. Man könnte dagegen einwenden, dass der Wortlaut etwas zu allgemein ist. Aber man muss berücksichtigen, dass im Hintergrund eines solchen Textes immer die Wirklichkeit mit einfließt und dass wir wollen, dass dieser Wortlaut mit dieser Wirklichkeit, die oft absolut schrecklich ist, in Verbindung kommt. Wenn man diese beiden Folien übereinander legt, haben wir eine aussagekräftige Formulierung gefunden.

Schaal-Ahlers, Peter: Herr Präsident, liebe Synodale! Schwester Mühlbauer hat darauf hingewiesen, dass im zweiten Abschnitt die Passage schwer verständlich ist: „Menschen leiden, werden vertrieben oder getötet ... Beides, Eingreifen oder nicht Eingreifen, bedeutet, schul-

dig zu werden und weitere Opfer hinzunehmen.“ Das ist für uns alle verständlich, weil wir gestern noch über den Einsatz der Blauhelme gesprochen haben. Für Außenstehende ist dann die Frage, wenn einer jetzt vertrieben wird, kann man den nicht in einem Flüchtlingslager aufnehmen. Es wäre eindeutiger, das Wort „politisches“ einzufügen, damit klarer wird, um welche Art des Eingreifens es geht. Ansonsten kann ich sagen, dass unser Gesprächskreis die Erklärung mitträgt.

Ich bringe den Änderungsantrag Nr. 51b/14 ein, der wie folgt lautet:

Die Landessynode möge beschließen:

Die Württembergische Landessynode blickt mit großer Sorge auf den seit Jahren andauernden Bürgerkrieg in Syrien und im Nordirak, der großes Leid über viele Menschen bringt.

Menschen leiden, werden vertrieben oder getötet. Doch eine schnelle, eindeutige politische Lösung ist nicht in Sicht. Beides, Eingreifen oder Nicht-Eingreifen, bedeutet, schuldig zu werden und weitere Opfer hinzunehmen.

Im Wissen um diese Spannung appelliert die Landessynode dennoch an die Verantwortlichen in Politik und Kirche, alles zu tun, damit Flüchtlinge Aufnahme finden und in Sicherheit leben können. Sie dankt allen, die sich für Flüchtlinge und Kriegsoffer einsetzen. Der Schutz des Lebens und die Versorgung der Flüchtlinge haben höchste Priorität.

Wir beten um Frieden und Schutz für die Opfer von Krieg und Gewalt und um Weisheit für die Verantwortlichen.

Allmendinger, Martin: Herr Präsident, Hohe Synode! Auch wir haben uns an der Erstellung dieses Textes beteiligt und sind der Überzeugung, dass wir zu einem guten Konsens gekommen sind. Politisches Handeln erfordert Solidarität mit Flüchtlingen und diese ist in diesen Tagen mehr denn je angesagt.

Wir stimmen auch dieser Ergänzung, die der Synodale Schaal-Ahlers eingebracht hat, zu, weil wir denken, dass wir das noch einmal ein wenig präzisieren sollten. Ich bitte die Synode, mit großer Mehrheit diese Resolution zu verabschieden, weil ein halbherziges Signal nach außen schlecht wäre.

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank. Den Appell kann ich nur unterstreichen.

Plümicke, Prof. Dr. Martin: Liebe Synodale, Herr Präsident! Der Gesprächskreis Offene Kirche stimmt der Resolution auch zu. Ich möchte noch zwei, drei Worte sagen zu dem, was bei uns schwierig war. Es gibt bei uns im Gesprächskreis zwei Positionen. Die eine Position ist eher der pazifistische Ansatz, dass gesagt wird, aus kirchlicher Sicht darf man nicht mit Gewalt eingreifen. Der andere Ansatz ist der, dass man mit einem UN-Mandat und dann nicht nur mit Blauhelmen, sondern ggf. auch mit einem

(Plümicke, Prof. Dr. Martin)

robusten Mandat, wie das so genannt wird, in solchen Fällen, wie wir sie hier erleben, vielleicht eingreifen könnten. Diese beiden Positionen sind da. Wir möchten Respekt für beide Positionen haben und sind deshalb sehr froh über die Formulierung: „Beides, Eingreifen oder nicht Eingreifen, bedeutet, schuldig zu werden und weitere Opfer hinzunehmen.“ Das deckt beide Seiten bei uns ab und dafür herzlichen Dank.

Zu dem Änderungsantrag kann ich wenig sagen. Ich persönlich hätte damit keine Probleme und könnte dem zustimmen. (Beifall)

Stellv. Präsident Stepanek, Werner: Vielen Dank. Dann werden wir es jetzt für die gesamte Synode erheben. Es liegt ein Änderungsantrag Nr. 51b/14 vor, der bezieht sich auf den zweiten Absatz: „Menschen leiden, werden vertrieben oder getötet. Doch eine schnelle, eindeutige politische Lösung ist nicht in Sicht.“

Gibt es zu diesem Änderungsantrag noch Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich um Handzeichen, dass wir den Text so ändern können. Vielen Dank. Widerspricht dem jemand? Enthält sich jemand? Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, möchte ich über den gesamten Antrag abstimmen lassen. Wer dem Antrag auf diese Resolution zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Vielen Dank. Wer widerspricht? Wer enthält sich? Dann ist das das erhoffte klare Zeichen aus dieser Synode. Danke dafür. (Beifall)

Ich schließe diesen Tagungsordnungspunkt und bitte die Präsidentin, die Sitzung weiterzuleiten.

Präsidentin Schneider, Inge: Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 19: Strategische Planung. Wir treten ein in die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen?

Jungbauer, Dr. Harry: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode! Ich möchte kurz Stellung nehmen zu Seite 10, vierter Abschnitt des Vortrags zur Strategischen Planung, wo es im Blick auf den Religionsunterricht um die Möglichkeiten auf Flexibilisierung geht. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei Frau Rupp und beim ganzen Oberkirchenrat, dass hier diese zukunftsweisende Überlegung aufgenommen ist, auch im Hinblick darauf, was wir schon als Antrag eingebracht haben.

Ich möchte nur eine kleine Präzisierung anfügen, die mir wichtig ist, damit hier kein falscher Eindruck entsteht. Im letzten Satz geht es um Urlaubsregelungen außerhalb der Schulferien. Davor steht, es ginge darum, damit Gemeindepfarrer und -pfarrerinnen ihren Dienst in der Schule auch in Zukunft motiviert wahrnehmen können. Dazu trägt eine solche Urlaubsregelung sicher bei. Es geht aber um viel mehr. Es geht darum, dass Pfarrerinnen und Pfarrer, die jetzt schon vor allem durch die rückwirkend gestatteten Urlaubstage aus dieser altersdiskriminierungsfreien Behandlung von Urlaubsanspruch so viele Urlaubstage haben, dass die gar nicht mehr unterzubringen sind im normalen Ablauf eines Jahres, so dass es hier vor allem darum geht, dass der Religionsunterricht der Pfarrerinnen und Pfarrer überhaupt sinnvoll erteilt werden

kann. Wir brauchen also hier ganz dringend eine Lösung, damit der Unterricht gesichert werden kann. Es ist sicher auch eine Motivation, aber kein zusätzliches Nice-to-have, sondern wir brauchen es ganz dringend zur Sicherung des Religionsunterrichts. Wir waren uns die ganze Zeit der Tagung über einig, dass wir diesen Unterricht ganz dringend brauchen. Herzlichen Dank. (Beifall)

Sämann, Ulrike: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Mir erscheint es als sehr wichtig, dass die Kindertagesstätten ausdrücklich ins Blickfeld der Strategieplanung genommen werden und auch in Zukunft Teil der Visitation sein sollen. Evangelische Kindertagesstätten werden nach meiner Beobachtung vermehrt an bürgerliche Gemeinden abgegeben, auch aufgrund der ungenügenden Beteiligung der Kommunen an der Abmangelfinanzierung. Die Kirchengemeinden brauchen verstärkt Hilfe bei Verhandlungen mit Kommunen, um in neuen Kindergartenverträgen bessere Bedingungen zu erreichen.

Den Kirchengemeinden und vor allem auch den Kirchengemeinderäten muss die elementare Bedeutung von Kindergärten unter kirchlicher Trägerschaft, auch wenn teilweise über die Hälfte der Kinder nicht aus christlichen Familien kommen, immer wieder bewusst gemacht werden. Um ein weiteres Abgeben von kirchlichen Kindertagesstätten zu vermeiden, sollte die Strategische Planung deshalb schnell zu konkreten Schritten führen. Vielen Dank. (Beifall)

Klärle, Prof. Dr. Martina: Verehrte Präsidentin, Hohe Synode! Ich habe erwartet, dass unter der Überschrift Strategische Planung, strategische Ziele klar erkennbar sind. Was mir an diesem strategischen Papier wie auch in der gesamten Synode fehlt, ist, dass wir mit einer Sprache sprechen, von der ich die Chance habe, sie schnell zu verstehen. (Vereinzelter Beifall)

Es fällt mir äußerst schwer. Man kann die Dinge auch klar und einfach ausdrücken. In meinen Fachbereichsratssitzungen verwende ich diese Taktik oft, um zehn Minuten nichts zu sagen. Das muss manchmal sein, aber nicht in einem strategischen Papier.

Ich bitte darum, das Ziel, das drinsteht, zu verfolgen, eine Volkskirche zu sein und die Worte des Volks zu sprechen. Danke. (Beifall)

Sachs, Maike: Liebe Präsidentin, Hohe Synode! Herzlichen Dank für das Strategiepapier und für viele wichtige Impulse. Ich denke z. B. an die Stärkung der Gemeinden vor Ort und auch an die Ermutigung für den ganz alltäglichen Pfarrdienst und die Erinnerung an unsere öffentliche Verantwortung, vor allem für die Chancen, die wir im Bildungsbereich haben. Ich sehe allerdings eine latente Gefahr, bei dem zu bleiben, was schon läuft. Ich möchte das festmachen an dieser Definition „Nahe sein ist unsere missionarische Kraft“. Das möchte ich wohl voll unterstreichen, aber missionarisch zu sein heißt auch, aufzubrechen zu den Menschen hin, und das bedeutet für mich z. B. auch das Bekenntnis zu Christus, der unser Friede-fürst ist, auch weltweit.

(Sachs, Maike)

Ich möchte in diesem Zusammenhang, auch wenn sie vielleicht nicht missionarisch sein möchte, die Werbekampagne noch einmal groß loben. Gestern bei der Präsentation habe ich selbst mit meinen Barrieren gekämpft, Alter und Milieu und sicher auch ein bisschen ein Inseldenken, das uns einfach anhängt. Aber ich finde es sagenhaft, wie viele kluge Köpfe daran gearbeitet und sich ein völlig neues Konzept überlegt haben, Menschen zu erreichen und Kirche ins Gespräch zu bringen. Ich wurde an eine kleine ähnliche Aktion, eine Face-to-Face-Aktion, erinnert, sie nennt sich „OneWish4you“. Das heißt: bei einem ganz gemütlichen Kaffee fragt man das Gegenüber: „Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Wunsch an Gott, was würden Sie sich denn wünschen?“ Und so wünschte sich eine junge Dame, Gott möchte doch einmal für ein paar Tage aus dem Himmel kommen, Mensch werden und schauen, wie es bei uns zugeht. Ein hervorragender Anknüpfungspunkt, finde ich, um zu bezeugen, was wir glauben, nämlich dass Gott in diese Welt gekommen ist, dass das schon geschehen ist. Und so sehe ich eine ganz große Chance und wünsche mir auch für diese Werbekampagne eine Auswertung, was sind die Fragen der Menschen heute. Wir brauchen keine Antworten zu bieten, wo es keine Fragen gibt, sondern umgekehrt: Wo sind ihre Fragen, und wie können wir uns mit den Menschen heute auf den Weg machen, um miteinander zu entdecken, dass das Evangelium für uns alle Antwort und Heil bedeutet?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Beck, Dr. Willi (Unisa): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Synode! Ich bin an Punkt 3 des Schlusswortes hängen geblieben: „Orientierung in reformatorischer Tradition.“ Ja! Wobei man aufpassen muss, dass diese Formulierung nicht schon wieder zum Milieuindikator wird. Tradition kann man ja so oder so sehen. Wir sollten, wenn wir den Traditionsbegriff sehen, diesen auch wirklich reformatorisch als „Ecclesia semper reformanda“, als eine nach vorne sich verändernde Kirche wahrnehmen, dass wir bei allen Strategien, Papier ist geduldig, immer im Blick haben, dass wir auch zu den operativen Maßnahmen kommen und von der Verheißung her leben, zukunftsorientiert leben, die Dinge nach vorne werfen, um Kirche zu bauen in den unterschiedlichen Milieus. Ich weiß wohl, dass Sinus eine Sehhilfe ist und vor allem niemals das Allheilmittel der Kirchenreform, sondern eben nur eine Sehhilfe. Es ist mir schon arg wichtig zu sagen, dass Sinus selbst sagt, dass die meisten Milieus sich nicht in den herkömmlichen kirchlichen Sozialgestalten vergemeinschaften. Da müssen wir wirklich Wege finden, wie das Strategiepapier tatsächlich zu Vergemeinschaftungsformen in den unterschiedlichen Milieus führt, wie wir nachhaltig Kirche bauen wollen. Was uns auf gar keinen Fall hilft, ist, darüber nachzudenken, wo sind die best practices, um dann davon zu lernen. Die gibt es noch nicht. Was uns auch nicht weiterhilft, ist die Feststellung: Das haben wir auch noch nicht gemacht.

Ich denke, wir sollten zukunftsorientiert und daher aus reformatorischer Tradition neue Wege gehen, risikobereit, experimentierfreudig. Vielen Dank. (Beifall)

Brändl, Dr. Martin: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Synodale, sehr geehrtes Kollegium des Oberkirchenrats! Vielen Dank für den Bericht zur Strategischen Planung. Ich habe mich gefreut, dass Sie bei den Arbeitsfeldern zur strategischen Schwerpunktsetzung Experimente mit Gemeindeformen wie z. B. fresh X erwähnt haben. In der Tat bieten die „fresh expressions of church“ einige Anregungen für die Strategische Planung. Ich will deshalb ganz kurz darauf eingehen.

In England hat die Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen, vor allem der tiefgreifenden Säkularisierung und der Ausdifferenzierung der Gesellschaft zu einer großen Vielfalt von lebensweltorientierten, neuen Ausdrucksformen von Kirche geführt, eben zu „fresh expressions of church“. Diese neuen Ausdrucksformen von Kirche sind durch einen sehr starken Bezug zum Lebenskontext der Menschen gekennzeichnet. Sie entstehen dadurch, dass Menschen sich auf die Lebenswelt anderer einlassen, ihnen liebevoll dienen und so das Evangelium einladend mit anderen teilen. So sind sie nahe bei den Menschen und entwickeln Kirche in einer großen Vielfalt.

Inzwischen entstehen auch bei uns solche Initiativen, die mit viel Phantasie Kirche in der Lebenswelt von Menschen entwickeln, die keinen Bezug zum Evangelium und zur Kirche haben. Viele Arbeitsbereiche in unserer Landeskirche haben diesen weltzugewandten Zug in der Diakonie, in der Seelsorge, in gesellschaftlicher Verantwortung.

Ein zweites Kennzeichen dieser neuen Ausdrucksform von Kirche ist ihre Orientierung an der Missio Dei, also daran, dass Mission primär von Gott ausgeht und seiner Sehnsucht nach der Gemeinschaft mit seinen Geschöpfen, also ganz im Sinne der Erklärung der Vollversammlung von Busan, wo es heißt: „Mission beginnt im Herzen des dreieinigen Gottes. Der missionarische Gott, der den Sohn in die Welt sandte, beruft das ganze Volk Gottes ...“ Eberhard Jüngel hat von der Mission als dem „Herzschlag der Kirche“ gesprochen. Die Engländer sprechen von einer mission shaped church, also davon, dass Mission nicht ein Arbeitsbereich unter vielen ist, sondern innere Gestaltungskraft und Motivation von Kirche. Mission ist Wesen, innerste Bewegung, konstruktive und bildende Kraft von Kirche. Sie ist damit ähnlich wie die Diakonie Wesensäußerung von Kirche, wie es in den zehn Leitsätzen der Vision Kirche 2030 von der Diakonie heißt.

Ich würde mir deshalb wünschen, dass dies in der Strategischen Planung auch für die Mission so formuliert werden könnte. Ein drittes Kennzeichen der „fresh expressions“ ist die Ergänzung der parochialen Ortsgemeinde durch neue Formen von Gemeinde. Die Engländer sprechen von einer „mixed economy“, also einem Miteinander von Ortsgemeinde und von Parochie überschreitender Netzwerk- und Lebensweltgemeinde.

Bischof Graham Cray von der anglikanischen Kirche schreibt: „Uns ist bewusst, dass das parochiale System nach wie vor ein wichtiger und zentraler Teil in der Strategie unserer nationalen Kirche bei der Erfüllung ihres inkarnatorischen Auftrags bleibt. Aber dieses parochiale System ist allein nicht länger in der Lage, in der Art und Weise missionarisch zu sein, wie es dem Auftrag der Kirche entspricht. Wir müssen uns der Realität stellen, dass heute viele verschiedene missionarische Ansätze nötig sind. Wir werden eine „mixed economy“ aus Ortskirchen-

(Brändl, Dr. Martin)

gemeinden und Netzwerkgemeinden brauchen, die innerhalb eines größeren Gebietes, vielleicht eines Dekanats, partnerschaftlich mit anderen zusammenarbeiten.“

Für die Engländer sind parochiale Kirchengemeinden und neue Gemeindeformen keine Alternativen, sie denken nicht alternativ, sondern komplementär. Parochiale Orts-gemeinde und neue Gemeindeformen ergänzen sich und bleiben aufeinander angewiesen. Altes wird geschätzt, Neues wird zugelassen. Vielfalt ist keine Alternative zur Einheit. In der Strategischen Planung findet sich dieser Aspekt im zweiten Leitsatz: „Wir sind Kirche Jesu Christi, in der Gemeinde und Gemeindeformen Einheit und Vielfalt zum Ausdruck bringen.“ Wir haben also allen Grund, mehr Mut zu haben, Neuem Raum zu geben und Bewährtes bewusst zu pflegen und zu stärken.

Ein letzter Gedanke.

Präsidentin Schneider, Inge: Sie haben noch zehn Sekunden Redezeit. (Heiterkeit)

Brändl, Dr. Martin: Ein letzter Gedanke knüpft daran an, dass der Bericht zur Strategischen Planung von den Experimenten mit „fresh expressions“ spricht. Das möchte ich ganz dick unterstreichen. Wir sollten mehr Mut zu Experimenten haben. Auch das gehört zu den „fresh expressions“. Vielen Dank, lassen Sie uns diesen Mut haben. (Beifall)

Abrell, Dieter: Werte Synode! Ich spreche zum dritten Bezugspunkt „Bildung“ und zum ersten Bezugspunkt „Volkskirche, die zum Glauben einlädt“.

Sie, Herr Landesbischof, haben in Ihrem Bericht zu Beginn dieser Synodaltagung gesagt, ich zitiere: „Wir können uns nicht mehr entscheiden, ob wir daran teilnehmen werden, sondern nur noch wie.“ Damit meinten Sie die digitale Revolution und die Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Welt.

Meine Anfrage: Ist das auch schon in unsere Strategie eingeflossen? Haben wir dazu eine Vision für unseren eigenen Beitrag der Landeskirche? Eine Vision, die – wie vorhin in der Strategischen Planung des Oberkirchenrats vorgetragen – auch Mitarbeitende und Mitglieder motivieren will? Meine Vision dazu habe ich auf www.evangelisch.de als Kommentarbeitrag zum Kundgebungsentwurf „Kommunikation des Evangeliums in der digitalen Gesellschaft“ vor drei Wochen notiert.

Unter der Überschrift „Evangelisches Gesangbuch – Bibelkommentar – Bibellexikon als App in Stores“ von Apple, Android und Windows, ist aufgeführt, dass wir noch eine gute Wegstrecke vor uns haben, um christliche Bildung und Verkündigung in den digitalen Räumen in verständlichem und doch fachlich qualifiziertem Inhalt einfach zugänglich zu machen. Als Beispiele habe ich die Notwendigkeit, unser Evangelisches Gesangbuch – wir sind doch Hauptgesellschafter des Gesangbuchverlags Stuttgart, oder nicht? – als App im Browser zur Verfügung zu stellen, genannt. Eine kleine Bemerkung dazu: Im Familienkreis haben wir schon mehrfach Gesangsbuchlieder angestimmt, bevor weitere Gesangbücher herbei-

geschafft waren, waren die Liedtexte – leider nur über die Google-Suche – auf den Displays unserer Handys.

Als weitere Beispiele habe ich Bibelkommentare und Bibellexika genannt, dass diese online oder als App bereitzustellen sind. Beispiele sind der Edition C-Bibelkommentar unseres Altlandesbischofes Gerhard Maier, der angekündigte Online-Bibelkommentar der Deutschen Bibelgesellschaft, das „Lexikon zur Bibel“ von Stiftung Christlicher Medien (SCM R.Brockhaus und das „Calwer Bibellexikon“. Ich bitte, diese Impulse in die Umsetzung der Strategischen Planung mit aufzunehmen.

Gehen wir voran, auch digital, damit wir unseren Mitmenschen genügend Kontaktfläche geben, über die Hoffnung unseres Glaubens durch Jesus Christus auch selbst Erfahrungen sammeln zu können. Danke. (Beifall)

Kettinger, Iris Carina: Verehrte Frau Präsidentin! Hohe Synode! Angesichts des demografischen Wandels, der mit einem deutlichen Anstieg der älteren Menschen und mit einer deutlichen Abnahme der jüngeren Generation einhergeht, halte ich es nicht für zielführend, dass diese Bevölkerungsentwicklung im Strategiepapier keine Rolle zu spielen scheint.

Ja, ich bin enttäuscht darüber, dass einer Synode, die sich vor zwei Tagen so engagiert für das Leben Gebrechlicher um des Lebens willen eingesetzt hat, als es um die Sterbehilfe ging, nun ein Strategiepapier präsentiert wird, in dem einladende Volkskirche sich nur an der Jugend und an den leistungsstarken Menschen orientiert. Ich bitte herzlich darum, neben dem fraglos wichtigen Engagement für die nachwachsende Generation, dahinter stehe ich auch ganz fest, sich auch im gesellschaftlichen Horizont für die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe einzusetzen und Gelder bereitzuhalten.

Für Enkel- und Urenkelkinder wird Volkskirche sehr lebensnah und einladend erlebt, wenn sich Pfarrerinnen und Pfarrer an der Seite von vielen Ehrenamtlichen für die alt gewordenen Großeltern und Urgroßeltern engagieren. (Beifall)

Fritz, Michael: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohe Synode! Wir diskutieren ja nicht zum ersten Mal die Strategische Planung. Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, der mir wichtig erscheint. Strategie hat zwei Funktionen. Strategie hat die Funktion, dass wir uns unseres Auftrags, unserer Werte vergewissern. Das tun wir auch sehr ausführlich in den ganzen Prozessen. Zum anderen hat Strategie die Aufgabe, dass sie Veränderungen gestaltet. Wenn es keine Veränderungen gibt, brauchen Sie als Unternehmen keine Strategie. Wenn die E-Klasse Jahr für Jahr läuft und keine Konkurrenz besteht, keine Veränderungen am Markt sind, dann brauchen Sie keine Strategie, dann verkaufen Sie Jahr für Jahr E-Klasse oder Sparbücher oder Girokonten.

Spannend wird es, wenn sich der Markt verändert, dann brauchen Sie eine Strategie, wie Sie sich darauf einstellen. Strategie ist jedoch keine Struktur. Es gibt in der Strategie den alten Satz: „Die Struktur folgt der Strategie.“ Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir Strukturdiskussionen nicht mit Strategiediskussionen verwechseln, sondern klar sagen, was wir wollen. Wir haben einen

(Fritz, Michael)

Auftrag bei sich verändernden Bedingungen. Dem folgen die Strukturdiskussionen. Die sind wichtig, aber sie sind nicht unsere Strategie. Struktur ist kein Selbstzweck. Wenn wir die Strategie jetzt lesen, steht in diesem Papier zu viel von Strukturen. Sie sind zwar wichtig, gehören aber eigentlich in ein anderes Kapitel.

Ich möchte ganz konkret drei, vier Punkte nennen, die hier aufgegriffen wurden. Wir wollen vor Ort weiterhin eine gute Arbeit leisten, ob in den Gemeinden oder im Religionsunterricht. Aber was wir dafür brauchen, das merken wir in Zeiten abnehmenden Personals, in Zeiten weniger Kirchenmitglieder, ist die Vernetzung zwischen den einzelnen Arbeitsbereichen.

Deshalb sage ich: Der Investitionsansatz für Religionspädagogen ist richtig. Aber bitte nicht für sich und auch keine Springerstellen für sich, sondern in Vernetzung mit den anderen Berufsgruppen, mit dem Pfarrdienst, mit den Gemeindediakonen, mit den Jugendreferenten, mit den Religionspädagogen. Wir müssen die Dinge gemeinsam denken, damit wir vor Ort so schlagkräftig wie möglich sind, egal, sage ich einmal, in welcher Berufsgruppe.

Ein zweites Thema will ich noch einmal deutlich setzen. Die notwendigen Strukturveränderungen, um auch auf Kirchengemeindeebene und Kirchenbezirksebene handlungsfähig zu sein – es geht immer um die Handlungsfähigkeit –, werden große Geldmittel binden. Das will ich hier schon einmal deutlich anmelden. Wir werden viel Geld brauchen, um die Veränderungsprozesse professionell zu gestalten. Ich habe vorhin von dem PfarrPlan 2024 gesprochen. Das kann aber nicht nur ein PfarrPlan sein. Das muss ein Arbeitsplan 2024, ein Berufsgruppenplan 2024 sein. Auch für die neuen Gemeindeformen werden wir investieren müssen, und das wird erhebliche Mittel binden.

Zum dritten Thema. Es ist von einer Planungsrate für das Gebäude des Oberkirchenrats gesprochen worden. Jeder, der dort war, weiß, dass dieses Thema ansteht. Ich sage: Ja, aber bitte vor dem Hintergrund einer ganzheitlichen Immobilienstrategie auch für unsere Verwaltungsgebäude, insgesamt einer Immobilienkonzeption, aber speziell, was das Thema der Verwaltungsgebäude angeht.

Ich sage viertens: Wir haben den Ideenwettbewerb auf den Weg gebracht. Gut so. Aber wir haben daraus nachher auch gute Ideen zu verwirklichen. Dafür brauchen wir Geld, und dieses sollten wir jetzt, da wir die Gestaltungsspielräume haben, zur Seite legen.

Mörike, Markus: Verehrte Präsidentin, Hohe Synode! Ich freue mich, dass eines der drei Schwerpunktthemen, die genannt sind, die diakonische Kirche ist. Ich freue mich, weil wir durch die Diakonie in den Einrichtungen und vor Ort positiv oder negativ wirken und dieser Aspekt in Zukunft sicher wichtig bleibt. Wir haben in dieser Synode das Signal ausgesendet, dass die Flüchtlingsarbeit ein wichtiges Thema sein wird, und es ist richtig und gut und zu unterstützen, dass es deswegen im Strategiepapier an vorderster Stelle genannt wird.

Allerdings bedauere ich, wenn ich das Papier als strategisches Papier sehe, dass die anderen Themen gar nicht mehr vorkommen und der Eindruck erweckt wird, dass hier die Arbeit eigentlich getan ist. Ich appelliere

dringend, dass wir an den angegangenen Themen wie Inklusion, Pflege und Langzeitarbeitslosigkeit dran bleiben. Es ist auch wichtig, dass wir vor Ort in den Kirchengemeinden sagen: Wir kümmern uns um Flüchtlinge; aber das heißt nicht, dass die anderen Themen hinten herunterfallen dürfen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, das zu beachten.

Die Überschrift „Diakonische Kirche in Leidenschaft für den Einzelnen“ – ja. Der Einzelne steht im Vordergrund, und wir kümmern uns in der Diakonie um ihn als Geschöpf Gottes. Aber wir müssen uns einig sein, dass die diakonische Kirche immer auch für soziale Veränderungen engagiert sein muss. Wir finden die Einzelnen in einer Situation vor, die nicht vom Himmel gefallen, sondern zum Teil Ergebnis einer verfehlten Politik ist. Hier müssen wir wirksam sein. Wir haben bei der Pflege darüber gesprochen, dass die Bedingungen für die Mitarbeiter weiterhin gut sind und dass die Schere zwischen Armut und Reichtum in unserem Land nicht ständig weiter aufgeht. Hier ist neben der Leidenschaft für den Einzelnen weiterhin sozialpolitisches Engagement gefragt.

Plümicke, Prof. Dr. Martin: Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich möchte zunächst kurz ein Wort an den Kollegen Michael Fritz richten. Wenn man es betriebswirtschaftlich sieht, ist es natürlich richtig, dass die Struktur immer der Strategie nachfolgt. Aber wir sind als Kirche eben nicht nur Betrieb, sondern müssen auch, um in der marktwirtschaftlichen Sprache zu bleiben, Rahmenbedingungen schaffen, um Betriebe wie Kirchengemeinden zu ertüchtigen, überhaupt arbeiten zu können. Deshalb möchte ich mich bei dem Thema des demografischen Wandels auch zu Strukturen äußern.

Die Situation ist nun einmal so, wie sie ist. Wir werden weniger Evangelische, und die Fläche unserer Wohnbevölkerung wird größer. Das heißt, die Dichte der Evangelischen wird einfach geringer; aber die Evangelischen zahlen pro Kopf immer noch etwa gleich viel Kirchensteuer wie vor zehn Jahren und vermutlich in 20 Jahren auch noch. Dementsprechend wird sich da etwas ändern, so leid uns das tut. In den 70er Jahren ist mit der Kommunalreform der Bürgermeister verschwunden und dann der IFA-Laden. Jetzt wird leider an der einen oder anderen Stelle auch das Pfarrhaus verschwinden, weil es einfach nicht anders geht.

Diesem Wandel müssen wir begegnen. Wir müssen uns überlegen, wie Strukturen aussehen können. Ich beobachte im Moment, nicht überall, aber an vielen Stellen, dass wir kleinste Körperschaften erhalten, aber nahezu alle Kompetenzen auf mittlere oder obere Ebenen verlagern. Wenn die Kirchengemeinden ihre Haushalte nicht mehr selbst machen, sondern von Dienstleistungszentren, den sich weiter entwickelnden Verwaltungsstellen, machen lassen, wird Kompetenz von den Kirchengemeinden auf die Landeskirche verlagert. Ich glaube nicht, dass das der Attraktivität der Arbeit in den Kirchengemeinden förderlich ist.

Deshalb bin ich der Meinung, dass wir lebensfähige Körperschaften auf der unteren Ebene brauchen. Eine solche Körperschaft muss Pfarrstellen haben. Sie muss einen hauptamtlichen Kirchenpfleger oder eine hauptamtliche Kirchenpflegerin haben. Sie muss in der Lage sein,

(Plümicke, Prof. Dr. Martin)

Kindertagesstätten zu tragen. Sonst werden, das wurde auch genannt, immer mehr Kindertagesstätten an die Kommunen zurückgegeben. Das Leitungsgremium, der Kirchengemeinderat, muss auch in der Lage sein, gestalten zu können, und nicht nur dreistellige Beträge von der Jungschar auf den Frauenkreis, dabei möchte ich diese beiden Arbeitszweige nicht gering schätzen, verteilen dürfen.

Das hat aus meiner Sicht zur Folge, dass die kleinste Einheit einer Körperschaft mindestens zwei Pfarrstellen und mindestens eine 50 % Kirchenpflegestelle haben sollte. Angesichts der Pastorationsdichte sollte sie demnach mindestens 3 000 Gemeindeglieder haben. Jetzt fragen Sie: Was machen wir denn, wenn es viel weniger sind? Ich denke, unsere Kirche bietet heute schon Möglichkeiten, die wir nur nutzen müssen. Sie bietet einerseits die Möglichkeit, eine Körperschaft Kirchengemeinde auf der Ebene, die ich geschildert habe, und darunter sogenannte Parochieausschüsse zu schaffen, die die jeweiligen Ortschaften abdecken. Das erleben wir beispielsweise meiner Ansicht nach ziemlich erfolgreich in Schwenningen.

Die zweite Möglichkeit ist die, dass wir eine Gesamtkirchengemeinde bilden, die die meisten Kompetenzen bekommt und auch einen Gesamtkirchengemeinderat hat, der Entscheidungen trifft. Die Kirchengemeinden in den einzelnen Ortschaften sind dann zwar ganz formal noch Körperschaften, haben aber praktisch nicht mehr die Aufgaben einer Körperschaft.

Ich nenne eine dritte Möglichkeit, auch wenn darüber im Moment noch im Strukturausschuss beraten wird. Wir wollen vielleicht in Zukunft ein weiteres Modell einführen, das alles noch vereinfacht. Im Strukturausschuss haben wir darüber schon diskutiert. Ich glaube, wenn wir in diese Richtung gehen, werden wir dem Problem des demografischen Wandels am ehesten gerecht. Aufheben oder verhindern können wir ihn einfach leider nicht.

Böhler, Matthias: Frau Präsidentin, liebe Mitsynodale! Ich mache da weiter, wo Herr Dr. Brändl vorher abgeklungen wurde. Er hat über neue Gemeindeformen und freshX gesprochen und kam zu dem Stichwort Experimente. Ich finde es etwas wirklich Neues, dass der Oberkirchenrat experimentierfreudig wird und Experimente stärken will. Das nehme ich positiv wahr. Ein Experiment zeichnet sich ja dadurch aus, dass man einen Prozess, etwas, was im Entstehen ist, einfach zulässt und beobachtet, wobei man am Anfang nicht weiß, was am Ende herauskommt.

Es kann durchaus auch schiefgehen, da ist ein gewisses Risiko enthalten. Dass wir dazu bereit sind und dass in der Strategischen Planung es so im Bereich der neuen Gemeindeformen steht, finde ich eine gute Sache. Solche Experimente zu stärken, heißt aber auch, dass wir schnell und unkompliziert Strukturen schaffen, in denen solche Experimente geschehen können. Geistliche Aufbrüche müssen strukturell und mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Hirsch, Ulrich: Antrag zur Geschäftsordnung. Frau Präsidentin, ich beantrage den Schluss der Rednerliste.

Präsidentin Schneider, Inge: Wird Gegenrede gewünscht? Sie wird nicht gewünscht. Dann bitte ich, der Schließung der Rednerliste zuzustimmen. Das ist die überwiegende Mehrheit. Gibt es Gegenstimmen? Keine. Dann ist die Rednerliste geschlossen.

Koeff, Hellger: Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Synode! Ich knüpfe noch einmal an das Thema an, das uns bei dieser Synode intensiv beschäftigt hat, nämlich die Frage der Flüchtlinge und damit verbunden der globalen Gerechtigkeit. Diese Fragen sind immer auch Fragen nach der Ökologie und nach unserem Umgang mit der Schöpfung, um es theologisch zu sagen. Insofern mündet das Engagement für die Flüchtlinge immer auch in das ökologische Handeln der Landeskirche. Die Landeskirche hat Klimaschutzziele und ökologische Leitlinien, und das alles ist eine Querschnittsaufgabe, aber keinesfalls etwas, was „nice to have“ ist, wenn es uns gut geht, sondern was dringend erforderlich ist.

Insofern vermisse ich in der Strategie den Bezug auf diese ökologische Komponente unseres Arbeitens. Mir ist es zu wenig, wenn nur die energetische Ertüchtigung von Pfarrhäusern und des Oberkirchenrates an der Stelle genannt wird. Ich erwarte, dass da mehr drin steht.

Dangelmaier-Vinçon, Elke: Mir ist aufgefallen, dass auf Seite 7 von 12 gesagt wird: Als Volkskirche sind wir eine zivilgesellschaftliche Kraft. Und im Fortlauf der Seite wird Kirche vor allem als seelsorgerliche und theologische Kirche beschrieben. Das ist nicht verkehrt, greift mir aber zu kurz. Wo bleibt die Einmischung in das Gemeinwesen, das Mitgestalten von der Ökologie bis zu Armutsfragen? Ich denke, wir beschneiden uns selbst, wenn wir dieses Feld nicht weiter bespielen, wenn wir uns zurücknehmen und zurückziehen hinter Kirchenmauern. Ich wünsche mir eine Einmischung in das Gemeinwesen auf allen Ebenen, vor Ort und auch auf Landeskirchenebene und dass dieses Engagement nicht zurückgefahren wird. Ich denke, mit der Resolution haben wir ein erstes vorsichtiges Zeichen gesetzt.

Hanßmann, Matthias: Ein kleines Beispiel aus der Musik: Eine gute Band legt sich Patterns zurecht, Muster. Bevor man einen Song gemeinsam einübt, legt man sich ein Muster zurecht. Wie möchten wir diesen Song angehen? Dann entscheidet man sich, und dann geht die Probe los. Nur wenn die ganze Band diesem Muster folgt, grooved die Band wirklich. Dann ist da Groove drin.

Es gibt aber einen Rahmen und der heißt z. B.: Der Song hat 16 Takte, oder es ist ein 4/4-Takt. Und dort hinein muss dieses Muster passen. Gemeinsam zusammen spielen, das ist das Stichwort, aber nach einem nachvollziehbaren Muster.

Vielen Dank für diese Strategische Planung. Wir erkennen das Muster dieses Dreischrittes: Zum Glauben einladende Volkskirche, diakonische Kirche sein, Orientierung in reformatorischer Tradition. Jetzt wünschen wir uns, dass unsere Kirche grooved, und das bedeutet, dass diese drei Elemente zusammenkommen müssen. Uns wird, und da möchte ich Herrn Fritz danken für die Vorlage, beschäftigen, wie wir die Dinge zueinander bekom-

(Hanßmann, Matthias)

men, insbesondere wenn es z. B. um unsere Mitarbeiter geht: Ehrenamtliche, die verschiedenen Berufsfelder und der Pfarrdienst. Wie grooven diese gemeinsam zusammen? Wie müssen sie zusammen leben? Das ist die ganz große Herausforderung vor Ort, aber auch, und jetzt schaue ich zum Oberkirchenrat, in Ihre Richtung die herzliche Bitte: Helfen Sie uns, machen Sie Vorschläge, unterstützen Sie uns, damit die Fäden ineinander laufen. Wie kann eine Gemeinde mit Schulen, wie kann eine Schule mit Gemeinden, wie können Religionspädagogen und Diakone, wie können Pfarrer und Diakone zusammenarbeiten oder womöglich zusammengewoben, neu gedacht werden. Eine große strukturelle Herausforderung, aber der müssen wir uns jetzt stellen, damit unsere Kirche grooved.

Kuttler, Dr. Friedemann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode! Herzlichen Dank für die Ausführungen und die strategischen Planungen. Ich begrüße sehr, dass wir solche Strategien haben, und ich freue mich auch, dass wir klar benennen, dass wir einladende Volkskirche sein wollen, die lebensnah und wohnortnah ist. Aber in diesem Zusammenhang vermisste ich etwas, nämlich die explizite Frage: Was brauchen denn unsere Gemeinden? Bei allen strategischen Überlegungen bitte ich darum, stärker von unseren Gemeinden aus zu denken. Lebensnah und wohnortnah sind wir nur durch unsere Gemeinden. Wir brauchen Strategien nicht nur für unsere Gemeinden, sondern auch mit unseren Gemeinden. Wir wollen nämlich auch eine Beteiligungskirche sein und nicht von oben herab alles bestimmen, sondern die Leute von unten her mitnehmen. Das geht nur in Bezug auf Strukturen vor Ort, Strukturen können nur von unten wachsen, damit sie gelebt werden können. Diese müssen wachsen und sie müssen lebbar sein.

Ich möchte gerne dem Kollegen Prof. Dr. Plümicke widersprechen: Ich lade Sie gerne ein, einmal zu uns nach Hohenlohe zu kommen. Da reichen schon 1 600 Gemeindeglieder, um den ganzen Tag unterwegs zu sein, da braucht man keine 3 000. Ich bitte auch darum, dass der Oberkirchenrat neue Wege geht, gerade wenn es um Pfarrerinnen und Pfarrer und Diakoninnen und Diakone vor Ort geht. Im Strukturausschuss haben wir schon solche Diskussionen, und ich bitte darum, zu prüfen, ob nicht die Diskussionen und Absichten des Strukturausschusses viel stärker in die strategischen Überlegungen einbezogen werden können.

Münzing, Kai: Verehrte Präsidentin, Hohe Synode! Alle Vorrednerinnen und Vorredner haben natürlich recht mit der Benennung von Einzelwünschen, die sich zum Teil auch mit den Wünschen von uns decken. Dennoch sollten wir uns noch einmal dieses Papier auf der Zunge zergehen lassen. Auf Seite 9 im mittleren Teil lesen wir: „Große Projekte wie Zukunft Rechnungswesen, das Strukturprojekt, die Einführung des Dokumentenmanagements im Oberkirchenrat, Kirchentag und Reformationsjubiläum haben Priorität und damit sind wir auch in den nächsten Jahren gut beschäftigt. Daraus erwächst auch eine gewisse Zurückhaltung neuen Maßnahmen gegenüber.“ Das heißt, bei allem, was Sie sich gewünscht haben, wäre es schön, wenn man es umsetzen könnte. Geld wäre vielleicht vorhanden, aber nicht die Ressource

Mensch, denn wir sind ja beschäftigt. So steht es auf Seite 9. Es ist so.

Ich möchte ein Beispiel aus der Wirtschaft benennen, ähnlich wie Michael Fritz auch: Daimler stellt 100 000 Fahrzeuge im Monat her. Zu den Kernaufgaben gehört es nicht nur, die Fahrzeuge herzustellen, sondern auch Neuentwicklungen durchzuführen, um am Markt immer wieder auch präsent sein zu können und sich den Markt zu erhalten. Jetzt stellen Sie sich vor, die würden sagen: wir haben ein neues Dokumentenmanagement vor der Brust oder wir haben ein neues Finanz- und Rechnungswesen vor der Brust, deshalb können wir keine Neuentwicklung mehr vornehmen, denn Priorität hat jetzt das neue Dokumentenmanagement.

In diesem Sinne hoffe ich, dass dieses Unternehmen Württembergische Landeskirche eben solche Strukturveränderungen nicht nur alle 15 oder 50 oder gar 500 Jahre durchführt, sondern diese ständig macht, um nicht solche Berge aufarbeiten zu müssen, damit dann die kommenden Jahre viel Priorität in Struktur und neues Dokumentenmanagement eingesetzt wird. Danke schön. (Beifall)

Albrecht, Ralf: Frau Präsidentin, Hohe Synode! Seit 2012 sind wir jetzt tatsächlich an der Strategischen Planung. Das heißt, diese Art zu planen, verlässt jetzt den Kleinkindbereich. Es ist gut zu wissen, ja, es gibt sie, aber es ist auch Zeit, noch einmal zu überlegen: Welchen Wert, welche Kraft hat sie? Ist sie nur ein Stück Spiel, das wir miteinander treiben, oder kann sie uns in Zukunft wirklich entscheidend leiten? Dazu ist interessant zu hören, welche Hauptziele in den letzten Jahren genannt wurden: Kirche im öffentlichen Raum, Kooperation von Gemeinden. Wie weit hat uns das tatsächlich und wirklich in dem, was wir getan haben, dann entscheidend strategisch geleitet? Was würden wir sagen?

Drei Dinge sind jetzt wieder genannt, und es ist gut so. Ich finde es wichtig und richtig nebst all den Differenzierungen, die wir zu Recht haben in der Kirche, einfach und elementar zu sagen, was uns zu bestimmten Zeiten aus verschiedensten Gründen wichtiger ist. Aber die Frage ist: Wird es dann auch tatsächlich, und wenn ja wie, in jedem Jahr sichtbar? Wie leitet es uns strategisch tatsächlich?

Ich möchte eins von diesen drei genannten Stichworten aufnehmen. Das ist die zum Glauben einladende Volkskirche, lebens- und wohnortnah. Nehmen wir einmal an, es wäre tatsächlich eines dieser wichtigeren strategischen Ziele. Dann wünsche ich mir, dass wir als Kirche zum Glauben, zur persönlichen Gottesbeziehung, die für jede und jeden für das Leben sinnvoll und relevant an den unterschiedlichsten Stellen wird, immer neu einladen. Das heißt nicht nur das Bestehende pflegen, sondern neu einladen dazu, einladende Volkskirche.

Wenn wir in diesem Sinn Volkskirche sein wollen, dann wollen wir noch einmal unseren Staat daran erinnern, dass er weltanschauliche Neutralität zu garantieren hat und nicht wir weltanschaulich neutral sind. Weltanschauliche Neutralität von Seiten des Staates bedeutet, einen Freiraum zu schaffen dafür, dass z. B. auch aktive Religionsfreiheit möglich und garantiert bleibt und stärker entwickelt werden kann. Subsidiarität. Der Vorzug der freien und gerade auch kirchlichen Träger an dieser Stelle, z. B.

(Albrecht, Ralf)

im Blick auf Pädagogik usw., ist dann eine volksskirchliche Realität.

Zum Dritten und Letzten: lebens- und wohnortnah. Das bedeutet, bei allen strukturellen Veränderungen zweifellos, dass am Ende die Begegnung vor Ort von Menschen, die glauben mit anderen, unbedingte Priorität behält. Was immer wir dafür tun können in unseren Gemeinden, sollten und müssen wir rahmenbedingungsmäßig unterstützen.

Wir werden in einem Jahr wieder Strategische Planung machen. Werden wir uns noch daran erinnern, welche drei Schwerpunkte wir hier an dieser Stelle miteinander beschlossen haben? Wobei: Beschlossen haben wir ja nichts. Werden wir in einem Jahr sagen können, was wir konkret daraus verwirklicht haben? Das wäre Ziel der Synode. (Beifall)

Blatz, Günter: Sehr geehrte Präsidentin, Hohe Synode! Diese Fragen, die hier behandelt werden, erlebe ich auch in meinem Bereich als Gemeinschaftsinspektor. Mir sind zwei Themenbereich aufgefallen, zum einen lebens- und wohnortnah und gleichzeitig der Hinweis auf eine deutliche Verstärkung. Das bedeutet, wenn man mit hauptamtlichem Personal arbeitet, muss man sagen, man ist hier in einem Dilemma. Wenn wir eine Resolution geben zum Thema der Flüchtlinge, dann sind wir in einem Dilemma und können dieses Dilemma nicht auflösen. Als Leitende sind wir gefordert, in unseren Bereichen Dilemmata aufzulösen oder anzugehen.

Mir ist dabei aufgefallen, dass man die Frage nach der Gegenwart der Kirche vor Ort ganz stark am Pfarrhaus festmacht. Wenn der Pfarrer den Schlüssel umdreht, dann ist Kirche nicht mehr sichtbar. Interessanterweise kommt dann der Hinweis auf das Ehrenamt in einem kleinen Nebensatz etwas später. Ich glaube, wenn man leitend tätig ist, dann muss man an dieser Stelle die Frage nach dem Ehrenamt stellen. Man muss die Frage nach den Kompetenzen stellen, die man Ehrenamtlichen gibt, dass Kirche sichtbar wird, dort, wo man ist.

Dann habe ich noch eine Frage: Was bedeutet es, wenn es stimmt, dass wir zu einer Verstärkung kommen, was bedeutet das für das Verständnis von Kirche? Ich lebe in einem Ort, der eine gewisse Größe hat, Beutelsbach. Wenn ich sonntags zur Kirche gehe, dann stelle ich fest, es gibt einen Dorfkern, der geht zur Kirche, und es gibt ein Zuzugsgebiet. Da ist der Fluss zur Kirche nicht so stark. Das ist Verstärkung. Was bedeutet das? Man möge sich fragen, ob in den Städten bewusst ist, wo das Pfarrhaus steht, ob man hier nicht noch einmal neu nachdenken muss, was das für Kirche bedeutet. Vielen Dank. (Beifall)

Münzenmayer, Markus: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode! Ich freue mich über die Strategische Planung. Was ich ein bisschen vermisse, sind zwei Dinge, einerseits Kooperationen und andererseits Auseinandersetzung mit evangelischer Frömmigkeit, die nicht bei uns ist, sondern bei den Freikirchen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Im Gegensatz zu anderen Landeskirchen sind es in Württemberg nicht wenige, die in freie Gemeinden abwandern und bei uns austreten. Auch da,

wo ich wohne, in Nürtingen, sind mir Beispiele bekannt, wo sehr viele junge Erwachsene verdrossen waren, weil es ihnen zu klassisch und zu steif war, weil es zu schwierig war für moderne Lobpreismusik, für neue Ideen. Viele haben sich einer freien Gemeinde im Nachbarort Wendlingen angeschlossen. Wäre es nicht viel besser, man würde diesen jungen Erwachsenen, die es an vielen Orten gibt, Freiräume schaffen für neue Ideen innerhalb unserer Landeskirche, man würde ihnen Räume und Mittel zur Verfügung stellen? Wenn man sich überhaupt mehr damit beschäftigen würde: Was treibt die Menschen zu den freien Gemeinden?

Das Thema Kooperation habe ich untergliedert. Ich fange an mit den freien Gemeinden. Es gibt auch positive Beispiele. In Nürtingen, beispielsweise bei der Church-Night, wurde kooperiert. Da hat die Teilkirchengemeinde Versöhnungskirche mit der örtlichen Freien Evangelischen Baptistengemeinde zusammen die ChurchNight organisiert, und es sind viele junge Leute gekommen. Auch Kooperationen sind möglich. Hemmungen überwinden, aufeinander zugehen, Kräfte bündeln.

Und dann Kooperationen mit den Gemeinschaftsverbänden.

Wir in Baden-Württemberg haben sehr starke Gemeinschaftsverbände. Manchmal gibt es Hemmungen, aufeinander zuzugehen. Manchmal sind es die Gemeinschaften, die nicht auf uns zugehen, manchmal sind es auch die örtlichen Pfarrer und Gemeinden, die nicht auf die Gemeinschaftsverbände zugehen. Läge darin nicht eine Riesen-Chance? Wir dürfen nicht vergessen, es sind viele Doppelzahler, die Kirchenmitglied sind, ihre Kirchensteuer zahlen und sich trotzdem engagieren und noch ihre Häuser bauen. Als Beispiel möchte ich nennen: In Weilheim ist ein riesiges Zentrum entstanden von der landeskirchlichen Gemeinschaft Christusbund, und in Kirchheim platzt der Christusbund aus allen Nähten. Sie können gerne einmal kommen, 150 Leute. Es hat gerade die Milieus, die häufig in unseren Gemeinden fehlen. Wäre es nicht eine riesige Chance, sich mit diesen Gemeinschaften enger abzusprechen, aufeinander zuzugehen, mit ihnen zu kooperieren?

Als letztes möchte ich nennen: Kooperation auf ökumenischer Ebene. In vielen Kirchenbezirken gab es „Neu anfangen“, eine missionarische Aktion, bei der Menschen aus ihrem Leben berichten, Biographien, nicht nur Gewinnergeschichten, sondern auch Menschen, die schwere Schicksale erlebt haben und in diesem Buch berichten. Man hat die Leute telefonisch kontaktiert, und in der Regel ist diese Aktion ökumenisch gewesen. Solche Aktionen sollte es öfters geben. Vielleicht sollte das auch in die Strategie einbezogen werden. Vielen Dank. (Beifall)

Keppler, Walter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich direkt an meinen Vorredner anschließen.

Wenn es denn, wie der Bericht zu Recht herausstellt, unsere Grundanliegen sind, dass wir das Evangelium von Jesus Christus, von der Menschwerdung Gottes aller Welt verkündigen und uns dieses Evangelium nahe zu den Menschen führt und bringt, dann müssen wir doch feststellen, wir sind damit nicht allein unterwegs. Wir sind

(Kepler, Walter)

auch keine Kirche, die wie eine Autofirma ein Produkt herstellt, das in der Konkurrenz zu anderen auftritt. Wir können das nur gemeinsam tun. Gemeinsam heißt ökumenisch. Bei unseren Synodaltagungen werden immer Gäste aus der Ökumene begrüßt. Gestern wurde die Statistik über die Kinder- und Jugendarbeit beider Landeskirchen vorgestellt. Müsste dieser Gesichtspunkt der ökumenischen Arbeit, des Zusammenwirkens nicht auch ein wesentlicher Gesichtspunkt einer Strategischen Planung und strategischer Überlegungen sein? Ich dachte eigentlich „Ja“, und insofern habe ich das vermisst. Ich möchte anregen, dass das in Zukunft berücksichtigt wird.

Ich habe ein letztes Anliegen, auch aufgrund einzelner Voten aus unserem Gesprächskreis. Es wurde angeregt, ich möchte gerne, dass es protokolliert wird, in nicht zu ferner Zeit einen Schwerpunkttag zum Thema „Kirche im ländlichen Raum“, zu machen, dass uns dieser Schwerpunkttag in dieser Thematik weiterbringt.

Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Schatz, Kurt Wolfgang: Frau Präsidentin, Hohe Synode! Ich möchte nur zwei Anmerkungen machen.

Zunächst zum Strategiepapier auf der Seite 10, die Abschnitte oben: Ich habe mich sehr gefreut, dass hier durch diese Zusammenschau deutlich wird, dass alles ineinandergreifen und ein Netzwerk entstehen muss, in dem wir uns als Kirche auch bewegen müssen. Ich habe aber den Eindruck, dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt innerkirchlich noch strukturelle Probleme haben, das dann auch wirklich umzusetzen. Da möchte ich Herrn Fritz Recht geben: Aus dieser Strategie heraus müssen jetzt auch mögliche Veränderungen unserer innerkirchlichen Strukturen angedacht werden, damit wir dem allem auch gerecht werden können. Im Bereich der Schule sehen wir, dass hier ganz viel in Bewegung ist und dass man sich diesen Veränderungen anpassen muss.

Ein zweiter Gesichtspunkt: Mir hat in Ihrer Liste der Arbeitsfelder der Bereich der kirchlichen Erwachsenen- und Familienbildung gefehlt. Ich halte das für einen ganz wichtigen Mosaikstein. Wir sind ja auch hier in einem Diskussionsprozess, wie wir diese Arbeit zukunftsfähig machen können. Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeitenden meine Würdigung aussprechen. Ich sehe, dass das eine ganz schwierige, aber sehr wichtige Arbeit ist, vor allem auch im strukturschwachen flachen Lande, nicht so sehr in den Zentren. Da gibt es gute Möglichkeiten. Wir dürfen uns aber auch bei diesem Arbeitsfeld als Kirche nicht aus unserer gesellschaftlichen Verantwortung herausbegeben. Vielen Dank. (Beifall)

Präsidentin Schneider, Inge: Damit sind wir am Ende der Rednerliste angelangt. Ich danke Ihnen allen für die konzentrierte und disziplinierte Diskussion.

Jetzt frage ich den Einbringer, Herrn Janus, ob er noch einmal das Wort wünscht.

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Herr Janus ist nicht der Einbringer, er hat nur vorgelesen.

Präsidentin Schneider, Inge: Dann bitte ich gleich den Landesbischof um seine Stellungnahme.

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Einbringerin wäre Frau Rupp gewesen, aber da ich die letzte Verantwortung trage, will ich hier auch noch dazu Stellung nehmen.

Eine kleine Vorbemerkung: Frau Prof. Dr. Klärle ist nicht mehr da. Wenn in dem Papier gar nichts gestanden hätte, wie sie vermutet hat, wundert es mich doch, und ich bin erfreut, dass sich 25 Synodale dazu geäußert haben. Ich will auch aus Zeitgründen darauf verzichten, alle 25 Beiträge zu kommentieren. Ich habe mir aber jeden Namen aufgeschrieben von denen, die etwas gesagt haben. (Heiterkeit, Zurufe) Wir werden das natürlich nachlesen. Ich will aber ein paar grundsätzliche Dinge sagen.

Ich finde, dass manches in der Diskussion hin- und hergerutscht ist und das eine oder andere Missverständnis da ist. Das heißt nicht, dass das ein Abwehrgespräch für mich wäre. Vieles ist bedenkenswert und wird aufgenommen. Ich sage auch gleich, was geplant ist. Man muss hier sehr deutlich unterstreichen: was wir vorgelegt haben, ist keine komplett neue Strategische Planung, sondern wir sind, wie vereinbart, in einem Prozess der Überprüfung unserer strategischen Ziele. Wie verändern sich gesellschaftliche Tatbestände, und wie müssen wir im Rahmen unserer Strategischen Planung darauf reagieren? Das war der Prozess, der erwünscht war, den Sie zum Teil ja mitgegangen sind. Es war eine Überprüfung dessen, was an Planungen, an Überlegungen und Trends da ist. Das hat man sich in diesem Papier angeschaut. Es wäre ein Missverständnis zu meinen, Dinge, die nicht genannt wurden, würden dadurch aus den Überlegungen herausfallen und nicht mehr beachtet werden. Das betrifft z. B. den sozialpolitischen Bereich, Herr Mörike hat es angesprochen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich kann es an der Stelle mit meiner Person belegen. Das Thema Pflege ist ein sozialpolitisches Thema, ein öffentliches Thema, wie es Frau Dangelmaier-Vinçon gefordert hat. Da sind wir vorn. Ich habe in Berlin dazu gesprochen. Ich werde jetzt zu einer Anhörung in den Landtag eingeladen, vor allen Parteien zum Pflgethema zu sprechen.

Das bedeutet, dass hier zur Dimension des öffentlichen Engagements in sozialpolitischen Fragen aus dem Geist der Diakonie heraus Stellung genommen wird. Das gilt nicht allein für mich, das gilt auch für Dieter Kaufmann und für andere Kollegialmitglieder genauso. Das wird in diesem Papier jedoch nicht ausdrücklich erwähnt. Ich möchte nur noch einmal sagen: Was in dem Papier nicht erwähnt wird, ist dadurch nicht durchgestrichen. Wir haben uns vielmehr auf Themenfelder konzentriert, von denen wir meinten, dass sie jetzt noch stärker in den Fokus gerückt sind und mit denen wir uns beschäftigen wollen angesichts der Trends und Entwicklungen.

Wir werden damit so umgehen, dass sich das Kollegium mit der Aussprache und den Argumenten – deswegen hab ich genau aufgepasst, wer was gesagt hat – auseinandersetzen und sie bewerten wird. Anschließend ist vorgesehen, dass es wieder in die Fachausschüsse geht. Der Strukturausschuss, der neu auf den Weg geschickt wurde, wird selbstverständlich eine ganz wesentliche Rolle in der Debatte einnehmen. Es ist selbstverständlich,

(Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.)

dass wir den Strukturüberlegungen folgen. Da muss der Strukturausschuss dabei sein.

Ich betone noch einmal, es ist kein Prozess, bei dem sich der Oberkirchenrat etwas in Einsamkeit ausdenkt, sondern wir wollen erreichen – das ist schwierig –, dass in einem Miteinander dieser Prozess der strategischen Bestimmung und der Umsetzung erfolgt. Dass manche Voraussetzungen stärker betont wurden – hier wurde das Beispiel der demografischen Entwicklung genannt, dass wir zu stark auf die Jugend setzen –, ist nur dem geschuldet, dass wir die KMU in besonderer Weise herangezogen haben als Indikator für gesellschaftliche Entwicklungen, um dann zu sehen, wo es Arbeitsfelder gibt, die für uns wesentlich sind. Damit ist überhaupt nicht gemeint, dass etwa der Bereich der älter werdenden Menschen als kirchliche Herausforderung nicht gesehen werden würde.

Bei der ganzen Debatte ist mir immer noch eins wichtig, das habe ich früher oft gesagt, habe dazu allerdings noch nicht den Königsweg gefunden: Wie schaffen wir es einerseits, sehr selbstkritisch als Landeskirche mit den Herausforderungen und unseren Antwortversuchen, mit unserer Veränderungsbereitschaft umzugehen? Ich denke jedoch auch, dass Innovation für sich genommen in kirchlichen Verhältnissen noch kein Zauberwort ist. Da ist erst zu prüfen, was sich dahinter verbirgt. Wir gehen weiter auf dem Weg, den uns das Evangelium gewiesen hat, fragen uns aber: Wie schaffen wir es, diese Selbstkritik zu äußern, ohne uns selbst ständig in einen Abwärtsstrudel hineinzubegeben, wo wir nur defizitorientiert sind, und diesen großen Reichtum dieser Landeskirche an materiellen Gaben, an Personen, an Gemeinschaft, an engagierten Ehrenamtlichen – es sind über 150 000 – immer wieder zu würdigen und wahrzunehmen? Manchmal denke ich, wenn wir nur defizitorientiert sprechen, und die von Gott uns anvertrauten Gaben in einem gesellschaftlichen Wandlungsprozess, in dem wir uns zweifelsohne befinden, nicht genügend würdigen, dann sind wir auch Gott gegenüber und dem uns Anvertrauten undankbar. Hier die Balance in einer notwendigen Selbstkritik zu finden, um Kirche steuern zu können, und gleichzeitig aber unsere Kirchenmitglieder nicht so zu verunsichern, als ob sie sich auf einem sinkenden Schiff befänden, ist eine Sache, in der wir uns gegenseitig beraten sollten, mit welchem Akzent wir nach außen sprechen. (Beifall)

Damit ist zweifelsohne nicht gemeint, diesen strategischen Prozess nicht weiter vorantreiben und intensivieren zu müssen. Darüber würde ich gerne mit Frau Prof. Dr. Klärle sprechen. Dazu muss ich jedoch sagen, dass wir gewiesen sind, möglichst klar und einfach zu kommunizieren. Andererseits wird sie in ihrem wissenschaftlichen Bereich in Sprachspielen stecken, die nicht jeder andere versteht. Wenn wir über gewisse Aspekte im kirchenleitenden Feld an Strategischer Planung diskutieren, befinden wir uns auch in einem gewissen Sprachspiel. Dass sie Sprachspiele aber nicht verschleiern oder nur Leerformeln benutzend auftreten muss, ist vollkommen richtig. Insofern sollten wir uns selbstkritisch dem unterziehen. Auch ist es wichtig, dass wir nicht sehr schnell Containerbegriffe in dieser Kirche benutzen, in die jeder alles hineinstopft. Dies ist eine Sorge, die ich manchmal habe. Ich möchte aber die herzliche Einladung aussprechen, über die Ausschussarbeit, über den Austausch hier in der Synode, über den Oberkirchenrat uns miteinander

auf den Weg zu machen, damit wir der uns anvertrauten Leitungsaufgabe in dieser Landeskirche auch gerecht werden können.

Ich hätte zwar noch weitere Anmerkungen, das lasse ich aber jetzt aus Zeitgründen. Herzlichen Dank für Ihr Engagement.

Präsidentin Schneider, Inge: Vielen Dank, Herr Landesbischof July, für alle Vorarbeiten und für das Aufnehmen der Voten der Synode. Die Arbeit wird ja weitergehen, wie Sie sagten.

Liebe Synodale, damit sind wir tatsächlich ganz pünktlich am Schluss der Tagesordnung angekommen. Allen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben, möchte ich ganz herzlich danken. Insbesondere unserem Landesbischof für seinen Bericht, den Berichterstattern aus dem Oberkirchenrat, den Ausschussvorsitzenden, insbesondere dem Finanzausschuss, aber auch allen, die sich an der Aussprache beteiligt haben. Mein Dank gilt auch den Prälaten, die uns einen interessanten und lehrreichen Abend über die Prälaturen bereitet haben, dies war wirklich etwas ganz Besonderes. (Beifall)

Vielen Dank für die Unterstützung durch die IT des Oberkirchenrates und durch Datagroup, den Mitarbeitern des Medienhauses, Herrn Kaiser für die Moderation am Mittwoch und denen, die uns die Ausstellung unten aufgebaut haben.

Für unser leibliches Wohl sorgten dieses Mal Herr Hack und Herr Urban von Rudolfs, die waren ja unwahrscheinlich kreativ, herzlichen Dank. (Beifall)

Für die Organisation hier im Haus war Herr Walraven verantwortlich, der uns alles gerichtet hat. (Beifall)

Ein herzlicher Gruß geht auch an die Vertreter der Medien, die dafür sorgen, dass man im Lande draußen erfährt, was hier beschlossen und besprochen wurde. Ein Dank gilt auch den Zuhörern, die bis zum Ende der Tagung geblieben sind, für ihr Interesse. (Beifall)

Mein Dank gilt aber auch allen Mitarbeitern aus den verschiedenen Dezernaten und den Stenografen, die uns bei den Protokollen und anderen Arbeiten unterstützen. (Beifall)

Sie wissen, wir hatten eine schwierige Zeit im Synodbüro durch den Ausfall von zwei Mitarbeitern. Um das auszugleichen, haben uns die verschiedenen Dezernate immer wieder geholfen. Besonders verdient gemacht haben sich dabei Frau Preißing und Frau Gebregiorgis, die jetzt in der Herbstsynode noch einmal eingesprungen sind. Auch Ihnen möchte ich gerne danken. (Beifall) Auch bei Frau Hahn blieb vieles hängen, aber ganz besonders bei Frau Marquardt, der ich einen Blumenstrauß überreichen möchte. (Beifall)

Frau Marquardt hatte unwahrscheinlich viel zu leisten, weil in der Geschäftsstelle, die aus vier Leuten besteht, zwei ausgefallen sind. Deswegen dachte ich, dass sie heute einen Blumenstrauß bekommen soll. Aber gerade sagt sie mir, dass sie keinen bestellt hätte, wenn sie das gewusst hätte. Aber ich finde, sie hat ihn wirklich verdient. (Beifall)

(Präsidentin Schneider, Inge)

Liebe Synodale, vor den Weihnachtsferien liegt noch die eine oder andere Sitzung und manche Aufgabe. Aber ich möchte Ihnen allen und Ihnen, liebe Damen und Herren vom Oberkirchenrat, bereits jetzt von dieser Stelle aus eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und Gottes Segen im neuen Jahr wünschen. Gott behüte Sie auf Ihren Wegen.

Damit sind wir am Ende angelangt. Ich schließe die Sitzung und bitte Herrn Landesbischof July um sein Schlusswort.

Landesbischof **July**, Dr. h.c. Frank O.: Liebe Synode, liebe Kollegen im Oberkirchenrat! Die Synode hat sich in dieser Herbstsitzung gewissen Aufgaben unterzogen. Ich denke an die Diskussion über meinen Bericht, in der ja auch verschiedene Themenfelder angesprochen werden konnten. Ich denke an die große Aufgabe, den Plan für die kirchliche Arbeit durchzugehen und damit auch vorgeführt zu bekommen, welche große Verantwortung wir an Mitteln und Ressourcen haben und in welcher Breite die Landeskirche in verschiedenen Arbeitsfeldern aufgestellt ist. Heute gab es in diesem Zusammenhang noch die Strategiediskussion.

Es ist, denke ich immer wieder, gut, dass unsere Landeskirche eine Synode besitzt, die sich aufgrund einer Urwahl zusammensetzt. Sie ist damit, so sage ich manchmal, ein sensorisches Netzwerk dessen, was in dieser Kirche an Meinungen, an Kritik, an Fragen und an Überlegungen hochkommt. Unser Zusammenspiel ist manchmal nicht ganz so einfach. Aber wir sind in der EKD einzigartig und einfach wunderbar.

Ein Thema, das sich durchgezogen hat und immer wieder erwähnt wurde, es sollte auch im Schlusswort erwähnt werden, ist das Thema „Flüchtlinge“. Ich bin sehr froh, dass ich sowohl in der Aussprache zu meinem Bericht hier im Plenum als auch dann, als wir Gäste hatten, aber auch heute in den Worten von Martin Junge gespürt habe, dass das Flüchtlingsthema kein sozialdiakonisches Nebenthema ist, sondern zum Herzschlag unserer Kirche gehört. Wir sind in Württemberg auf einem guten Weg, eine flüchtlingsbereite Landeskirche zu werden. Daran wollen wir weiter arbeiten, und dafür wollen wir uns einsetzen.

In diesem Zusammenhang wähle ich gern ein Wort des Irenäus von Lyon, es gefällt mir immer wieder gut, und das wissen manche: „Die Ehre Gottes ist der lebendige Mensch.“ Man könnte auch sagen: Die Ehre Gottes ist der Flüchtling, der uns begegnet. So sollten auch wir handeln, auf dem Weg zum Weihnachtsfest, an dem ein Kind in einer speziellen Situation geboren wird und die Familie kurz darauf nach Ägypten flüchtet. Da bekommen wir durch das Evangelium vor Augen gemalt, dass das Flüchtlingsdasein zum ekklesiologischen Herz gehört. Ich danke sehr für alle Beiträge und für die große Einheit – bei sicher manchen unterschiedlichen Bewertungen –, die sich in der Synode gezeigt haben. Das erfüllt mich mit großer innerer Freude und ermutigt uns im Kollegium und mich, dass sich Diakonisches Werk und Landeskirche weiterhin in dieser Frage engagieren können, weil wir wissen, dass Sie hinter uns und vor uns stehen.

Wenn ich beim Danken bin, möchte ich noch dem Präsidium danken. Es kann sich ja nicht selbst danken.

Auch Inge Schneider, die trotz einer starken gesundheitlichen Beeinträchtigung die Stellung gehalten hat, und Herrn Stepanek danke ich herzlich. Herrn Braun schicken wir gute Genesungswünsche. (Beifall)

Ich danke natürlich noch einmal dem Generalsekretär des Lutherischen Weltbunds (LWB). Es ist schön, dass du, Martin, dich auf den Weg nach Stuttgart gemacht hast. Heute Abend um 19:00 Uhr wird er hier im Hospitalhof einen Vortrag halten, zu dem herzlich eingeladen wird. Manche können ja noch bleiben, wenn sie wollen, aber eine herzliche Einladung auch für die, die nahe da sind und wieder kommen können. Denn damit wird deutlich, dass wir nicht Kirche für uns selbst und nur vor Ort sind, sondern, wie es im Grußwort gesagt wurde, zu einer weltweiten Gemeinschaft gehören. Ich habe immer wieder gesagt, „Globalisierung“ gehört nicht nur in den Bereich der politischen und wirtschaftlichen Verbindungen, sondern eigentlich seit Anbeginn der Christenheit, ein Leib, viele Glieder, vor allem in den Bereich unserer Kirchen.

Deswegen ist uns auch nicht egal, was in anderen Teilen der Welt und bei anderen Völkern geschieht. Uns ist nicht egal, ob sich die Völker hinten auf dem Balkan, so ähnlich heißt es bei Goethe, die Köpfe einschlagen. Vielmehr sind davon ein Teil der Christenheit und unsere Schwestern und Brüder betroffen. Vielen Dank, dass wir dem LWB angehören können. Wir wollen weiterhin großes Engagement beweisen und sind dankbar für all die Impulse, die wir durch den LWB bekommen.

Nun, liebe Schwestern und Brüder, bleibt auch mir, dass ich Ihnen eine gesegnete Adventszeit und dann ein gesegnetes Christfest wünsche. Mich berührt es jedes Jahr, nicht nur, weil ich daran, wie jede und jeder von uns, viele Kindheitserinnerungen habe, sondern auch weil ich glaube, dass es immer wieder der Ausgangspunkt dafür ist, dass wir unseren Weg weitergehen können und in dem Kind den sehen, der später ans Kreuz ging, auferstanden ist und uns Hoffnungsbilder vor Augen malt, die wir in einer manchmal hoffnungslosen Welt brauchen.

Deswegen freue ich mich auf Weihnachten, wünsche Ihnen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest und zunächst eine besinnliche und gute Adventszeit. Da der Advent aber erst am Sonntag beginnt, singen wir kein Adventslied. Das gehört sich noch nicht, auch wenn es schon seit Wochen Schokoladenweihnachtsmänner gibt.

(EG 347, 1-6)

Es segne und behüte euch der ewige und dreieinige Gott, der Vater, der Sohn und der Heilige Geist. Amen.

Ich vertage die Synode.

(Ende der Sitzung 13:11 Uhr)

Zur Beurkundung:

Stuttgart, den 16. Januar 2015

Jutta Henrich

Vorsitzende des Protokollausschusses